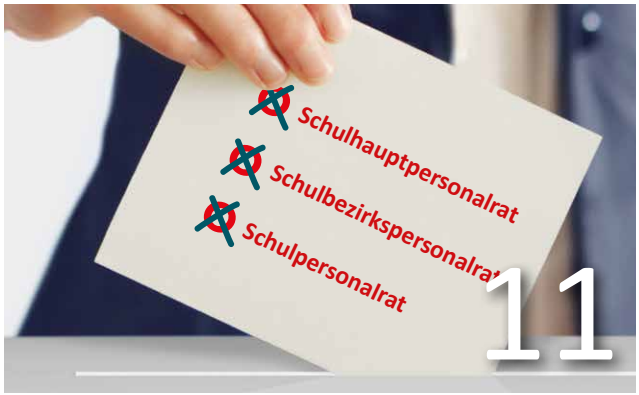
Januar/Februar 2020 (1) | 28.01.2020

E&W

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

Personalratswahlen: Plakate und Fotos am Start

Die Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Titelfoto: Christian Hoffmann

Inhalt

Schwerpunkte

Ergebnisse der Tarifrunde 2019: Umsetzung geht langsam voran 04

Kultusminister soll mehr Geld für Bildung durchboxen 05

Stufenplan zur Entlastung von Lehrkräften: Stairway to heaven? 05

Gewalt & Co.: Vorsicht vor allzu knackigen Botschaften 06

„Richi“ – Richard Wilmers: Ein unermüdlicher Kämpfer für mehr Chancengleichheit 08

Berufliche Bildung in Niedersachsen am Scheideweg? 10

Personalratswahlen

Kandidat*innen 13

Die vier GEW-Hauptforderungen 21

Wofür Personalräte sich einsetzen 22

Aus der Organisation

Jahrestagung der AJuM 24

Arbeits- und Gesundheitsschutz als Aufgabe der Schulleitungen 26

LesePeter 26

Das lebende Denkmal „Fagus-Werk“ in Alfeld 27

Aktuelles aus der Personalratsarbeit 28

Jubilar*innen 32

Verstorbene 35

Nachrufe 36

Termine 37

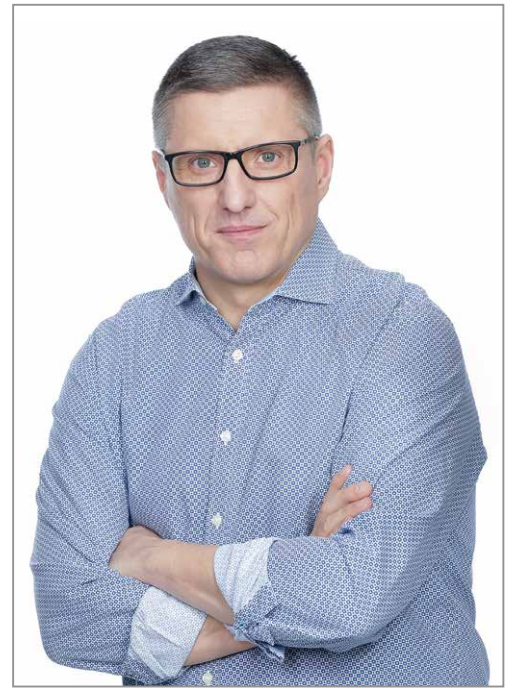
Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0
Fax: 0511 / 33804-46, presse@gew-nds.de
www.gew-nds.de
Vorsitzende: Laura Pooth
Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur): Christian Hoffmann
Redakteurin: Nicole Puscz
Postanschrift der Redaktion:
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (E&W) erscheint neunmal jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).
Redaktionsschluss ist der 1. Februar, der 1. März, der 30. März, der 1. Mai, der 1. Juni, der 1. September, der 1. Oktober und der 1. November 2020. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung, zudem wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.
Verlag mit Anzeigenabteilung:
STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0
Fax: 0201 / 472590
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.erziehungundwissenschaft.de
Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller
Gültige Preisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019
Anzeigenschluss siehe Terminplan
Editorial Design: Aron Jungermann mediendesign | aronjungermann, Bad Münder
Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K. Bergstraße 19, 31688 Nienstädt
Tel. 0511 / 621162
ISSN 0170-0723

Redaktionsschluss der E&W März ist der 1. Februar – sie erscheint am 28. Februar 2020.

Starke Stimmen der GEW

Zugegebenermaßen eine Binsenweisheit: Gewerkschaften zeichnen sich dadurch aus, Missstände offen anzuprangern und daraus resultierende Forderungen aufzustellen. Wenn dann Lösungsvorschläge sowie Personen hinzukommen, die diese nachhaltig transportieren, können sich gewerkschaftliche Erfolge einstellen. Ein solch unermüdlicher Kämpfer der GEW Niedersachsen, der ehemalige Landesvorsitzende Richard Wilmers, ist im Dezember 2019 leider verstorben. Eine Würdigung seines Wirkens findet sich in diesem Heft.



Zahlreiche Gewerkschafter*innen setzen diese Arbeit inzwischen fort, in der GEW und in den Personalräten. Letztere werden im März 2020 in Niedersachsen erneut gewählt. Die starken Stimmen für den Schulhaupt- und die vier Schulbezirkspersonalräte stellen wir in dieser E&W vor: Viele Bilder und viele engagierte Menschen, um möglichst viele Stimmen der Beschäftigten zu bekommen.

In Kürze sollen zudem die Plakate und Flyer zur Personalratswahl, wie wir sie beispielhaft auf der Titelseite abgedruckt haben, in den Schulen ankommen. Dann geht es in die heiße Phase!

Mit solidarischen Grüßen

Christian Hoffmann
Pressesprecher und Redaktionsleiter

Zu den Ergebnissen der Tarifrunde 2019 für die Beschäftigten der Länder

Umsetzung geht langsam voran

Seit dem Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder am 2. März 2019 sind fast elf Monate vergangen und das erzielte Ergebnis ist noch immer nicht in Gänze in Niedersachsen umgesetzt worden. Warum nicht, muss man sich nach solch langer Zeit fragen?
Der Umsetzungsstand der verschiedenen Bestandteile der Tarifeinigung für die Lehrkräfte und die sozialpädagogischen Fachkräfte ist sehr unterschiedlich. Daher der Reihe nach:

Entgelterhöhung jeweils zum 1. Januar 2019 und 2020
Die Auszahlung der im Gesamtvolumen von 3,2 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2019 erhöhten Entgelte wurde erst mit den Juli-Bezügen seitens des Landes vorgenommen. Für diese Verzögerung konnte man noch ein wenig Verständnis aufbringen, da beide Tarifvertragsparteien eine Erklärungsfrist bis zum 30. April vereinbart hatten und erst danach die Redaktionsverhandlungen begannen. Die erhöhten Entgelte werden seitdem gezahlt.

Die Erhöhung im Gesamtvolumen von 3,2 Prozent zum 1. Januar 2020 wird mit den Januar-Bezügen dieses Jahres ausgezahlt. Das war jetzt hoffentlich nicht so schwer für den Arbeitgeber.

Foto: Christian Hoffmann

Aktion zur Tarifrunde.

Angleichungszulage für Lehrkräfte – frühestens im März 2020
Deutlich schwerer fällt dem Land augenscheinlich die Auszahlung der von 30 auf 105 Euro erhöhten Angleichungszulage für tarifbeschäftigte Lehrkräfte rückwirkend zum 1. Januar 2019. Aber wann kommt die Zulage denn endlich zur Auszahlung, fragt man sich nach über elf Monaten. Laut Aussage des zuständigen Finanzministeriums zieht sich die Umsetzung noch mindestens zwei weitere Monate hin und wird somit frühestens mit der März-Abrechnung erfolgen.

Die Begründung der Arbeitgeber ist auch für Tarifexpert*innen schwer nachvollziehbar. Da die Redaktionsverhandlungen erst im September begonnen hätten und der endgültige Tariftext erst im Dezember zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) geeint wurde, hätten sich die Arbeitgeber nicht in der Lage gesehen, die erhöhte Zulage früher zu zahlen.

Wenn man diese Begründung gelten ließe, hieße es, dass die nach dem Ende der Erklärungsfrist von beiden Seiten akzeptierte Tarifeinigung noch verhandelbar gewesen wäre. Mitnichten! Wenn beide Seiten in der Erklärungsfrist die Tarifeinigung nicht widerrufen haben, haben sie auch das materielle Ergebnis akzeptiert und die Arbeitgeber hätten dann auch zahlen können. Immerhin dürfen sich die tarifbeschäftigten Lehrkräfte in den Entgeltgruppen bis E 11 nun auf eine nicht unerhebliche Nachzahlung in 2020 freuen.

Sozial- und Erziehungsdienst: Neuordnung der Eingruppierung
Im Jahr 2020 werden die Entgelte der Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen an das Niveau der Entgelte bei den Kommunen herangeführt. Die Überleitung der Beschäftigten in die neue S-Tabelle erfolgt aber wohl erst zum Ende des ersten Halbjahres 2020.

Entgeltgruppe 9 neu gestaltet – Umsetzung hängt noch
Die bisherige Trennung der Entgeltgruppe 9 in die sogenannte „kleine EG 9“ mit verlängerten Stufenlaufzeiten und fehlender Stufe 6 und eine normale EG 9 wurde aufgegeben. Es erfolgt eine Aufteilung in die EG 9a (bisherige „kleine EG 9“) und EG 9b mit gleichen Stufenlaufzeiten und jeweils sechs Erfahrungsstufen.
Die Ausgangswerte der neuen 9a entsprechen den bisherigen Zahlbeträgen, die aber entsprechend des Tarifergebnisses erhöht werden.
Laut Aussage der beiden Ministerien Kultus und Finanzen ist mit der Umsetzung der Eingruppierung in die neue Entgelttabelle Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) nicht vor Ende des ersten Halbjahres 2020 zu rechnen. Auch hier ist zu fragen, warum das so lange dauert.

Da die Neugestaltung und Eingruppierung in die SuE-Tabelle rückwirkend erfolgt, sind die Ansprüche der Beschäftigten gesichert.

Zulage zu A 12: Tarifbeschäftigte in E 11 profitieren auch
Das Kabinett hatte nach der Haushaltsklausur am 1. Juli 2019 bekanntgegeben, dass Lehrkräfte in der Besoldungsgruppe A 12 (Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte) ab dem 1. August 2020 eine Zulage in Höhe von 97,25 Euro monatlich erhalten sollen. Der Landtag ist mit den Beschlüssen zum Haushalt im Dezember 2019 diesem Vorschlag des Kabinetts gefolgt. Erfreulich ist, dass nicht nur die verbeamteten Lehrkräfte diese Zulage erhalten werden, sondern auch die tarifbeschäftigten Lehrkräfte in der Entgeltgruppe E 11 hiervon profitieren werden. Dies ist insbesondere auf Druck der GEW geschehen.

Besoldung 2020
Der Landtag hat ferner beschlossen, dass die Bezüge der Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen zum 1. März 2020 um 3,2 Prozent angehoben werden. Die Bezüge der Anwärter*innen und Referendar*innen steigen um einen Festbetrag von 50 Euro. Die ab März gültigen Besoldungstabellen werden der E&W beigeheftet.

Rüdiger Heitefaut

Foto: Christian Hoffmann

Aktion am Landtag

Tonne soll mehr Geld für Bildung durchboxen

Die GEW hat Kultusminister Grant Hendrik Tonne im Dezember 2019 aufgefordert, 2020 endlich das Geld für umfassende Verbesserungen in der Bildung durchzuboxen. Laura Pooth überreichte ihm vor dem Landtag eine Liste zentraler Forderungen für den Schulbereich sowie symbolisch rote Boxhandschuhe.
Vor dem letzten Landtagsplenum 2019 forderte sie weniger Arbeitszeit, mehr Geld für die Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte, volles Weihnachtsgeld für Beamt*innen und ein Ende der Zwangsteilzeit pädagogischer und therapeutischer Fachkräfte.

Minister Tonne stellt Stufenplan zur Entlastung von Lehrkräften vor

Stairway to heaven?

Dem Niedersächsischen Landtag hat Kultusminister Tonne Anfang Dezember in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage aus der FDP-Fraktion einen „möglichen Stufenplan" zur Änderung der niedersächsischen Arbeitszeitverordnung Schule (ArbZVO-Schule) vorgelegt.
Danach sollen nun endlich zusätzliche Ressourcen in Form von Anrechnungsstunden in die Schulen kommen und auch die Altersermäßigung angehoben werden. Bei genauerer Betrachtung erweist sich dieser Stufenplan jedoch weitgehend als Luftnummer.

Was ist der Minister bereit zu geben? Neben einer Erhöhung der Anrechnungsstunden für schulfachliche Koordinator*innen um zwei Stunden und der Absenkung der Unterrichtsverpflichtung von Grundschulleitungen um zwei Stunden sowie einer Ausweitung der Altersermäßigung soll es mehr Anrechnungsstunden für besondere Belastungen (sogenannte „Topfstunden") geben. Die Berechnungsfaktoren hierfür sollen um 50 bis 100 Prozent erhöht werden, was zunächst bedeutend klingt. Das Gesamtvolumen der vorgesehenen Entlastungen entspräche am Ende dann gut 1.300 Vollzeitlehrereinheiten (VZE) für alle Schulen. In ihrem Abschlussbericht hat die Expertenkommission des Kultusministeriums allerdings kurzfristige Entlastungen im Umfang von 2.413 VZE und mittelfristig sogar im Umfang von rund 3.300 VZE allein für Grundschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für notwendig erachtet – zusätzlicher Bedarf für die übrigen Schulformen, der sich allerdings aufgrund mangelnder Datenbasis nicht beziffern ließe, käme noch hinzu. Der Stufenplan ist also offensichtlich deutlich zu gering dimensioniert, um die eklatanten Verletzungen der Arbeitszeitnormen abzustellen. Der Dienstherr wird sich weiterhin Mehrarbeit unentgeltlich aneignen und die Kolleg*innen werden weiter gezwungen, Abstriche bei der Qualität ihrer Arbeit zu machen, zumal die Anforderungen und Herausforderungen in Schule ja nicht geringer werden – im Gegenteil.

Was erschwerend hinzukommt: Mit dem Stufenplan ist noch gar kein Zeitplan verknüpft. Wie zu hören ist, sollen wesentliche Elemente der sieben Stufen auf die Zeit nach den nächsten Landtagswahlen terminiert werde. Das aber wird erstens der Problemlage überhaupt nicht gerecht und erscheint zweitens doch auch ziemlich unseriös, da davon auszugehen ist, dass diese Landesregierung dann keine Verantwortung mehr tragen wird. Das Mindeste, was zu erwarten wäre, ist, dass bei einer Novellierung der ArbZVO-Schule ein Zeitplan für die Umsetzung aller Stufen bereits hineingeschrieben wird, damit es einer nachfolgenden Regierung etwas schwerer gemacht wird, hinter einen solchen Stufenplan wieder zurückzufallen. Und: Tonne muss die Umsetzung seines Stufenplans deutlich schneller vornehmen und dessen Volumen viel umfangreicher gestalten. Sonst bleibt sein Stufenplan lediglich ein Treppenwitz.

Auch wenn die GEW und die sie unterstützenden Kolleg*innen es als Erfolg verbuchen können, dass überhaupt etwas Bewegung in die Arbeitszeitfrage gekommen zu sein scheint: Hier wird noch viel Druck aufzubauen sein, um wirklich gute Veränderungen erreichen zu können. Bislang ist das Glas, das der Minister uns einschenken möchte, nicht einmal halb leer.

Mehr zum Stufenplan auf S. 28 und in Drucksache 18/5256 des Niedersächsischen Landtags.

Peter Lilje

Gewalt & Co.: Wie mit Symbolpolitik um Klicks und Aufmerksamkeit gerungen wird

Vorsicht vor allzu knackigen Botschaften

Die Wirklichkeit ist häufig nicht so spektakulär, wie es die Überschriften vermuten lassen. Politik und Medien betreiben aber dieses lukrative Geschäft, ohne dass es einer gesonderten Absprache bedarf.

Knackige Botschaften lassen sich eben gut verkaufen, vor allem im Internet, das den örtlichen Stammtisch global gemacht hat. Auf der anderen Seite bekommen Minister die gewünschte Aufmerksamkeit, indem sie sich wahlweise als Macher, Mahner oder Menschenfreunde präsentieren dürfen. Gezählt werden am Ende des Tages nur die Klicks, eine Art Kryptowährung, die an die Stelle solider Aufklärung getreten ist. Heutzutage geht es nur noch um Narrative sowie um das Spielen mit Ängsten und Vorurteilen. Es ist mittlerweile zu einer Staatskunst geworden, mit der sich die echten Probleme, die uns eigentlich empören müssten, mehr oder weniger geschickt kaschieren lassen.

Wissen ist „out“

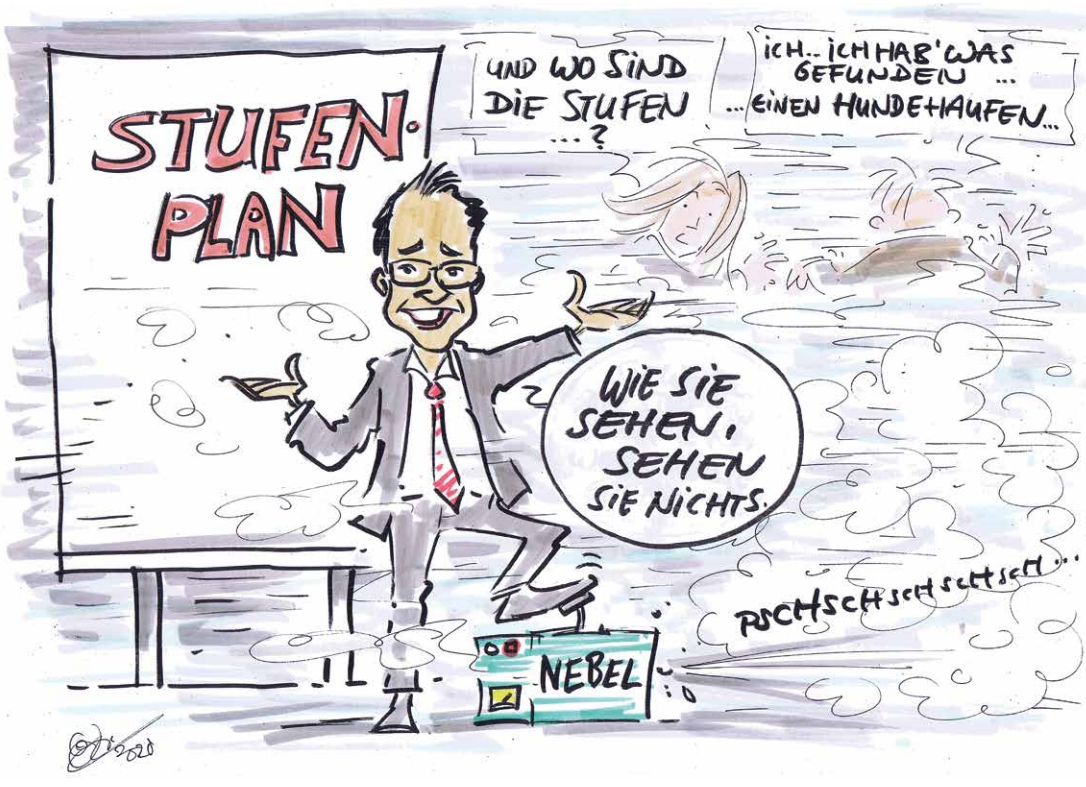
Um zu verdeutlichen, worum es geht, lohnt zunächst einmal ein kurzer Blick aufs Wetter. Bei diesem Thema kommt kaum noch ein Medienbetrieb ohne hochnotpeinliche Superlative aus, auch weil Wetter häufig mit Klima verwechselt wird. Im Angebot sind „Russenpeitsche“ oder „Sahara-Hitze“. Wissenschaftlichkeit und Seriosität stören da nur. So ist auch völlig egal, ob man seinen Leser*innen erst die Jahrhundertkälte verspricht und später ganz sicher vom wärmsten Winter aller Zeiten fabuliert. Warum, wenn es in der einen wie auch in der anderen Version einfach besser klickt.

Übertreiben ist aber „in“ und Wissen leider „out“. Daher trocknet ganz sicher das Steinhuder Meer demnächst aus, wie im vergangenen Sommer auf Titelseiten zu lesen war. Dieser Unfug folgt dem Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie, bei der sich nun mal Schwachsinn in bare Münze verwandeln lässt. Diese Strategie ist gerade deshalb so erfolgreich, weil die Latte für anlasslose Empörung inzwischen erschreckend niedrig hängt. Es reicht manchmal schon ein umgedichtetes Kinderlied.

Gefühlte Wahrheiten

Das gilt selbstredend auch für andere Felder des Politikbetriebes, in denen das Spiel mit der gefühlten Wahrheit immer wieder als nützlich erachtet wird, um nicht über Dinge sprechen zu müssen, die tatsächlich alarmierend sind. So ist zu lesen, dass die Jugend krimineller und übergriffiger geworden sei, die Hemmschwelle absinke und die Lehrkräfte an Niedersachsens Schulen verstärkt zur Zielscheibe von körperlichen Attacken würden. „Gewalt gegen Lehrer nimmt zu“, lautete daher die passende Schlagzeile zum Narrativ. Das ist zweifellos ein erfolgreicher Klickköder (Clickbait), der genau die Empörungsbereitschaft bedient, von der oben bereits die Rede war.

So gehe aus den amtlichen Zahlen des Landeskriminalamtes (LKA) hervor, dass im Jahr 2018 322 Pädagog*innen Opfer von Straftaten wurden, 2017 waren es noch 229. Die Zahl der Betroffenen sei damit um gut 40 Prozent gestiegen. Allein 190 Lehrkräfte wurden körperlich attackiert; diese Zahl lag 2017 noch bei 130, wie der NDR ganz seriös berichtet. Ohne Bezugsgröße riecht das freilich nach einem unerhörten Skandal. Vermutlich denkt der Kultusminister bereits an ein neues Präventionsprogramm, dessen vergleichsweise günstige Vermarktung zu einem tollen Imagegewinn beitragen kann. Eine ausführliche Medienbegleitung und damit Öffentlichkeit wäre ihm gewiss. Es muss halt nur so aussehen, als ob ein „Flächenbrand“, der rasch um sich greift, den Einsatz eines Löschmeisters unbedingt erforderlich macht.



Schaut man jedoch genauer hin, ist von einer dramatischen Lage kaum etwas zu sehen. Ja, es gibt diese Gewalt an Schulen. Sie ist unbestritten. Nur ist der Trend bei allen Straftaten mit Schulbezug eher rückläufig. Das LKA hat im Jahr 2006 noch 10.523 Fälle registriert, 2009 waren es noch 8.133, 2012 dann 6.009, 2013 sogar nur 4.898 und bis 2016 ging die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten weiter auf 4.199 Fälle zurück. Erst 2017 stieg sie auf 5.556 wieder an. Ein Jahr später waren es mit 5.404 dagegen wieder etwas weniger gemeldete Fälle. Setzt man nun die 190 körperlichen Attacken

gegen Lehrer*innen dazu ins Verhältnis, so ist deren Anteil nicht wirklich auffällig, nur 3,5 Prozent gemessen an allen Straftaten und etwa 10 Prozent gemessen an den Straftaten, die auch als „Rohheitsdelikte“ in der Statistik aufgeführt werden (2018: 1.915 Fälle).

Nachhaltigkeit statt Strohfeuer

Das soll keine Verharmlosung der Gewalt gegen Lehrkräfte sein. Im Gegenteil. Jeder Fall ist einer zu viel. Nur Fakt ist eben auch, dass die Kooperation zwischen Schulen und der Polizei vielerorts immer enger geworden ist und stetig verbessert werden konnte. So steht im Jahresbericht „Jugenddelinquenz und Jugendgefährdung in Niedersachsen 2018“, den das LKA im vergangenen Jahr herausgegeben hat:

„Fast alle Dienststellen beschreiben die Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen als gut und vertrauensvoll. Dies führt u.a. auch dazu, dass Schulen bei aktuellen Entwicklungen die Polizei frühzeitig einbeziehen bzw. konsequent Anzeigen erstatten.“

Das bedeutet im Klartext, dass Delikte bekannt werden, die sonst unter dem Stichwort Dunkelziffer nur vermutet werden konnten. Das ist eindeutig positiv zu bewerten, da die Aufklärungsquote ebenfalls sehr hoch ist. Dennoch gibt es die Gewalt und dagegen sollte etwas getan werden. Das fordert auch der Bericht. Man muss aber sehr genau hinschauen, da keine einheitliche Tendenz für ganz Niedersachsen zu beobachten ist. Die einen Dienststellen registrieren weniger Fälle, andere dagegen deutlich mehr Straftaten. Das hat Gründe, die vielfältiger Natur sein können und einer Analyse vor Ort bedürfen. Mit anderen Worten: Hier gilt es keinen unkontrollierten Flächenbrand zu löschen, sondern eine im Kern noch intakte Feuerwache auch in Zukunft zu gewährleisten!

Ressourcenmangel

Die Rede ist von Ressourcen, die nicht nur gesichert, sondern wieder ausgebaut werden müssen, damit sie weiter nachhaltig wirken können. Dies ist das eigentliche Kernproblem. So ist der Bedarf an Lehrkräften deutlich höher, als die Landesregierung es sich eingestehen will. Es reicht nicht aus, nur die Stellen auszuschreiben, von denen man glaubt, sie auch besetzen zu können – der tatsächliche Bedarf muss sich in der Zahl der Stellenausschreibungen widerspiegeln. Echte Prävention bedeutet Personal, also schlicht mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte. Diese brauchen wiederum Perspektiven und Freiräume statt leerer Worte, wie sie in der jüngsten Kampagne des Kultusministers „Job mit Klasse“ leider wieder zum Ausdruck kommen (siehe Kommentar der Landesvorsitzenden dazu unten). Anerkennung und Wertschätzung klingen gut, faire Arbeitsbedingungen wären aber besser. Bewerber*innen müssen für ihre eigene Zukunft sicher planen können. Das bedeutet langfristig mehr Geld in den Haushalt einzustellen, um zu unterstreichen, dass Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit wichtiger sind als der irre Glaube an die schwarze Null.

Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers meint allerdings, dass man für ein Dogma auf Bildung verzichten müsse (siehe dazu auch die Dezember-Ausgabe 2019 der E&W): „Es macht doch keinen Sinn, den Kindern und Jugendlichen für ihre Bildung einen Haufen Schulden zu hinterlassen. Damit würden wir es uns zu einfach machen“, sagte er in einer Reaktion auf die Forderung der Bildungsverbände nach mehr Geld. Nur macht er es sich zu einfach, wenn er verschweigt, dass neben einem Haufen Schulden auch immer ein gleichgroßer Haufen an Vermögen liegen muss. Beides wird der nächsten Generation hinterlassen, nicht nur das eine, wie ständig behauptet wird – übrigens genauso wie unzureichend unterrichtete, geförderte und betreute Jahrgänge von Schüler*innen.

Und solange derartig banale Erkenntnisse schlicht verweigert werden, haben PR-Medienagenturen weiter Hochkonjunktur. Sie liefern hübsche Image- oder Präventionskampagnen mit allzu knackigen Botschaften, die aber tatsächlich nicht mehr als schnell verpuffende Strohfeuer im täglichen Rennen um Klicks und Aufmerksamkeit sein können.

André Tautenhahn
Freier Journalist

Kurzkommentar

Im Nebel des Grauens

Die Nebelmaschine des Kultusministeriums läuft in jüngster Zeit heiß. Ein Stufenplan zu A 13 / E 13 für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte – für 2018 angekündigt – hat immer noch exakt die eine vorgesehene Stufe für den August dieses Jahres, soll aber weiter im Plural verkauft werden. Nebulöse Äußerungen des Ministers dazu verdecken mehr, als sie enthüllen.

Eine 200.000 Euro teure, völlig überflüssige Imagekampagne soll jetzt das Interesse für das Lehramt wecken, ohne dass zuvor zur Attraktivitätssteigerung des Berufs überhaupt die entscheidenden Versäumnisse angegangen wurden (die Medien berichteten zahlreich über die massive GEW-Kritik daran).

Stattdessen ist aus dem Kultusministerium von Diskussionen über Gewalt an Schulen und den Schutz der Beschäftigten zu hören. Mit großem Getöse soll wohl ein Problem gelöst werden, das werbewirksam genug ist, aber keine großen Summen verschlingt. Es bleibt also zu hoffen, dass der Nebel des Grauens sich bald lüftet und klar erkennbar wird: Alle Bildungsbereiche brauchen dringend erhebliche Investitionen und keine weiteren Nebelschwaden von Regierungsseite!

Laura Pooth

Foto: Richard Lauenstein

„Richi“ – Richard Wilmers

Ein unermüdlicher Kämpfer für mehr Chancengleichheit

Bis zuletzt hat er nicht darauf verzichtet, sein vielfältig aktives Leben zu führen. Leider war es ihm und seiner Familie nicht vergönnt, dass er die wiedergekehrte Krebserkrankung überwand. Am 1. Dezember 2019 ist unser Kollege Richard Wilmers, von vielen, wie er selbst es wünschte, „Richi“ genannt, 75-jährig gestorben. Am 11. Dezember wurde er unter großer Anteilnahme in Stadthagen beigesetzt.

Richi hat nie vergessen, wo er herkam. Für ihn als achtes Kind der Familie eines kleinen Moorbauern im Landkreis Cloppenburg war der Weg zu mehr und höherer Bildung ursprünglich nicht vorgesehen und es war nicht zuletzt dem beharrlichen Drängen und Engagement eines Lehrers zu verdanken, dass er ihn gehen und erfolgreich abschließen konnte. Er wusste aus eigenem Erleben, dass und welche Bedeutung mehr Bildung für eine gelingende Lebensgestaltung haben kann, und hat daraus kategorisch abgeleitet, jede und jeder müsse die dafür nötigen Möglichkeiten bekommen. Ab 1971 war er dann selbst als Lehrer an verschiedenen Schulen im Schaumburger Land aktiv, zuletzt von 1991 bis zu seiner Pensionierung in 2009 als Leiter der von ihm mit durchgesetzten und gegründeten IGS Schaumburg in Stadthagen.

Seit Anfang der 1970er Jahre war Richi im Junge-GEW-Vorläufer AjLE (Ausschuss junger Lehrer und Erzieher) des GEW-Bezirksverbands Hannover aktiv. 1983 wurde er als Referatsleiter für allgemeine Bildung Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, 1989 löste er schließlich den Kollegen Klaus Wilke als GEW-Landesvorsitzenden ab. Dieses Amt übte er ebenfalls mit viel Elan bis 1997 aus.

Schwerpunkte seiner Arbeit auf GEW-Landesebene bildeten das Engagement der GEW als Teil der Friedensbewegung gegen die Verschärfung des Rüstungswettlaufs durch die sogenannte Nachrüstung der NATO, der Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote im öffentlichen Dienst für politisch linke Kritiker der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik, der unnachgiebige Einsatz für mehr Chancengleichheit im Bildungswesen, speziell für Gesamtschulen, sowie das prononcierte Eintreten für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bildungsbereich.

Richi führte die von seinen Vorgängern Dieter Galas und Klaus Wilke vertretenen gewerkschaftspolitischen Schwerpunkte fort und es gelang ihm unter den veränderten politischen Bedingungen, als SPD und Grüne im Jahr 1990 nach 14 Jahren Schwarz-Gelb mit Gerhard Schröder den Ministerpräsidenten und Prof. Rolf Wernstedt den Kultusminister stellten, Handlungsstrategien zu entwickeln, die den Einfluss der GEW stärkten und zu greifbaren Erfolgen führten.

Das Thema Berufsverbote spitzte Richi zu Beginn der Amtszeit von Rot-Grün zu und drängte beim Ministerpräsidenten auf die unverzügliche Revision der Berufsverbote. Die zuvor erfolgten Entlassungen wurden rückgängig gemacht, die politische Gesinnungsprüfung wurde abgeschafft. Hilfreich war dabei, dass Schröders Rechtsanwaltskanzlei im Rahmen des GEW-Rechtsschutzes mehrere Berufsverbotsopfer vertreten hatte. Ein großer Erfolg für die GEW.

In den 70er und 80er Jahren war das Eintreten der GEW für die Friedensbewegung und gegen Berufsverbote alles andere als selbstverständlich gewesen und stand im Widerspruch zur offiziellen Position von SPD und DGB. Inzwischen hatte sich ihre Haltung geändert – zur Freude der Sozialdemokraten, die die Beschlusslage ihrer Partei von vornherein abgelehnt hatten.

Mit einer wirksamen Kampagne für Gesamtschulgründungen gelang es Richi, den Einfluss der GEW in der Bildungspolitik zu stärken. SPD und Grüne unterstützen die Gesamtschulbewegung keineswegs automatisch, wie das vorsichtige Agieren dieser Fraktionen im Landtag von 1976 bis 1990 gezeigt hatte.

Richi ergriff persönlich die Initiative zur Errichtung der IGS Stadthagen, und zwar bereits 1989 zur Regierungszeit von Ernst Albrecht (CDU), der die Gründung von neuen Integrierten Gesamtschulen blockiert hatte. Richi und der Landkreis Schaumburg durchbrachen diese Blockade mit erheblicher Raffinesse. Die Ausstrahlung war enorm: Landesweit entstanden rund 60 Gesamtschulinitiativen, die von den örtlichen GEW-Gliederungen getragen und von Irmelin Schachtschneider und Christa Burbat aus dem geschäftsführenden Landesvorstand unterstützt wurden.

Diese Bewegung zeigte der SPD, dass es sich politisch auszahlen kann, auf die Gesamtschulen zu setzen. Gesamtschulbefürworter wie Kultusminister Rolf Wernstedt handelten. Im Schulgesetz von 1993 wurde die Gründung von Gesamtschulen erleichtert. Schulträger konnten Gesamtschulen errichten, wenn diese von einer ausreichenden Zahl von Eltern nachgefragt wurden. Auf dieser Basis gelang es, zahlreiche Gesamtschulen auch in Regionen zu gründen, in denen es bisher noch keine gab. Rolf Wernstedt sorgte für die rechtlichen Grundlagen, um gesamtschulspezifische Reformpädagogik mit echtem Ganztag zu ermöglichen. Schließlich aber begann die SPD-Landtagsfraktion aus Angst vor der eigenen Courage, der Gesamtschulbewegung ihre Unterstützung zu entziehen. Daran scheiterten Gesamtschulgründungen in etlichen Kommunen. Richi und die GEW blieben am Ball.

Großes öffentliches Aufsehen erregte die Bereitschaft der GEW Niedersachsen, beim Einsatz für die Senkung der Unterrichtsverpflichtung zum Mittel des Beamtenstreiks zu greifen. 1989 hatte die Landesvertreterversammlung beschlossen, eine Urabstimmung durchzuführen. Die GEW wollte damit an den letzten Beamtenstreik im Jahr 1979 anknüpfen. Richi fasste die Stimmung der Funktionäre zusammen: Jetzt brauchen wir den Beamtenstreik. Allerdings: Von den gut 80 Prozent der Abstimmungsberechtigten, die an der Urabstimmung teilgenommen hatten, votierte nur knapp über die Hälfte für Streik. Dennoch wurde das Ergebnis als großer Schritt auf dem Weg der GEW vom Lehrerverein zur Gewerkschaft interpretiert.

Als die Landesregierung 1993 die Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und Gesamtschulen erhöhte, kam es zu einem Bruch im Verhältnis von GEW und SPD. Die Empörung unter den Kolleginnen und Kollegen war groß. Höhepunkt der GEW-Proteste war eine Kundgebung im Kongresszentrum Hannover. Richi war seine Rolle als Hauptredner so wichtig, dass er ein großes Foto von dieser Szene in seinem Schulleiterraum hatte.

Richis strategischer Ansatz war bei alledem, dass die GEW ihre Vorstellungen gegenüber der Politik klar formulieren muss, um sie möglichst gemeinsam mit einer SPD-geführten Regierung durchzusetzen. Zugleich war er bereit, sozialdemokratische Politik zu kritisieren und gegen Entscheidungen Proteste zu organisieren, wenn die Erwartungen der GEW enttäuscht wurden.

Zu Anfang von Rot-Grün erzielte die GEW bedeutende Erfolge. Zugleich wurden die Grenzen des Einflusses der GEW deutlich. Die aus gewerkschaftlicher Sicht unzureichenden beziehungsweise falschen Weichenstellungen der Landespolitik riefen vielfach „Wut, Empörung und Enttäuschung“ hervor; Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion hingegen erwarteten von der GEW Rücksicht und Unterstützung. Es sollte einige Zeit dauern, bis eine Politik nüchterner gegenseitiger Interessenabwägung die primär moralische Kritik in den Hintergrund treten ließ.

Richi war auch in hohem Maße kommunalpolitisch aktiv. 1986 wurde er in den Stadthäger Rat gewählt, dem er bis zuletzt angehörte; dort arbeitet er im Laufe der Jahre in fast allen Ausschüssen mit. 1998 wurde er von der SPD als Bürgermeisterkandidat nominiert, unterlag jedoch dem bisherigen Bürgermeister, der inzwischen aus der SPD ausgetreten war. 2001 wurde er in den Kreistag gewählt. Wenig später verließ er wegen Unstimmigkeiten über die Gründung weiterer Gesamtschulen in Schaumburg die SPD und gründete drei Jahre später die Wählerinitiativen „WIR in Stadthagen“ und „WIR in Schaumburg“, für die er bis zuletzt als Sprecher im Rat und im Kreistag tätig war. Die Schaumburger Wählerinitiativen waren und sind im Vergleich zu anderen „Freien Wählern“ auffällig progressiv orientiert und engagiert. Sie haben sich immer wieder vor allem für weitere Gesamtschulen stark gemacht.

Eine Schule mit aufgebaut zu haben, „die 150-prozentig mit den eigenen bildungspolitischen Zielen übereinstimmt“, bedeutete für ihn eine „tolle Erfahrung und die Erfüllung eines Lebenszieles“.

Bildungspolitik, Interessenvertretung und allgemeinpolitisches Mandat gehörten für Richi untrennbar zusammen.

Die GEW verliert mit Richi einen leidenschaftlichen Gewerkschafter, viele von uns auch mehr.

Eberhard Brandt und
Richard Lauenstein

Berufliche Bildung in Niedersachsen am Scheideweg?

Richtungsweisende Veranstaltung von DGB und GEW

Wie ist es um die duale Ausbildung in Niedersachsen bestellt, welche gesellschaftliche Bedeutung hat sie? Diese Fragen wurden am 18. November 2019 im Hause der IG BCE in Hannover ausführlich diskutiert. Dabei waren unter anderem der DGB-Vorsitzende in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt Dr. Mehrdad Payandeh, Laura Pooth und drei Landtagsabgeordnete.

Nach einem Impulsreferat von Prof. Dr. Berthold Vogel (Direktor des soziologischen Forschungsinstituts der Uni Göttingen), der den „Gesellschaftlichen Zusammenhalt und seine Bedeutung für die berufliche Bildung“ darstellte, diskutierten auf dem Podium die GEW-Landesvorsitzende, Melanie Walter (Abteilungsleiterin Berufliche Bildung im Kultusministerium), Volker Linde (Bereichsleiter Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg) sowie Prof. Dr. Vogel. Schnell waren sich die Teilnehmenden trotz sehr kontroverser Meinungen einig, dass der beruflichen Bildung in unserer Gesellschaft mehr Wert beigemessen werden müsse. Dass das gesamte System gerade durch immer neue Herausforderungen und zu wenige Lehrkräfte auch am Ende seiner Kraft ist, wurde sehr deutlich. Pooth verwies mehrmals auf die Arbeitszeitstudie der GEW, die die Lehrkräftebelastung – wenn auch exemplarisch – für den berufsbildenden Bereich anschaulich darstellt. Walter stellte mögliche Wege für eine verkürzte Lehrkraftausbildung in Aussicht, um das Problem der personellen Ressourcen schnell in den Griff zu bekommen. Sie stellte zudem die Bemühungen des Ministeriums dar, das Budget für berufliche Schulen auskömmlicher zu gestalten. Dabei wurde allerdings auch klar, dass mehr Geld noch lange keinen Lehrkräftemangel beheben wird. In einer anschließenden Fish-Bowl-Diskussion wurden Dr. Payandeh sowie die Vertreter*innen des Kultusausschusses im Landtag (Mareike Wulf, CDU, Christoph Bratmann, SPD, und Julia Willie Hamburg, Grüne) sowie Harald Schlieck von der Handwerkskammer Osnabrück über das Duale System befragt. Dabei agierten viele Zuschauer*innen sehr aktiv und brachten neue Impulse in die Diskussion. Moderatorin Ute Neumann konnte letztlich zusammenfassen, dass das Duale System ein elementarer Teil der Gesellschaft ist und auch deswegen eine höhere Wertschätzung, insbesondere seitens der Politik, verdiene. **BD/CH**

Schulinspektion an BBS - Prüfauftrag V

Erleichterung oder Mehrarbeit?

Ein neuer Erlass sorgt für Unbehagen, nicht nur wegen des sperrigen Titels: Prüf-Entwicklungs- und Erprobungsauftrag zur prozesshaften Ausgestaltung und Implementierung des Qualitätsmanagements auf Basis des Kernaufgabenmodells für berufsbildende Schulen in Niedersachsen vom 19. November 2019.

Das Referat Berufliche Bildung und Weiterbildung begrüßt, dass schon zu Beginn des Erlasses dazu Stellung genommen wird, dass zwecks Entlastung der Zeitplan der Umsetzung bis in das Jahr 2020 verschoben wird, die zu erwartende „freiwillige Mehrarbeit“ soll so differenziert in einer „grundsätzlichen Neuausrichtung“ enden. Dies ist nicht zuletzt der Intervention aller Beteiligten am runden Tisch zu verdanken und sollte so nicht unerwähnt bleiben.

Was ist jetzt zu erwarten?

Durch eine Modularisierung (drei große Module) soll die Evaluation weiter vertieft und auch unabhängig voneinander stattfinden können. Es soll dadurch agil reagiert werden können – das klingt zeitgemäß, bedeutet aber trotzdem für die Schulen beziehungsweise Schulleitungen eine Vielzahl von Aktionen wie zum Beispiel Projektplan, smarte Projektziele, Protokolle, Präsentationen, Meilensteingespräche im Kultusministerium. Die Entlastung für diese zeitintensiven Maßnahmen wurde nicht formuliert.

Modul 1: Das Ziel der Entlastung an den Schulen soll durch das Selbstbewertungswerkzeug (SebeiSch) gelingen, damit einhergehend soll die Onlinebefragung als entlastende Maßnahme stattfinden. Klingt eigentlich fürsorglich, aber die Selbstbewertung aller sieben Qualitätsbereiche umfasst 48 Kernaufgaben, also viel zu tun für die Schulleitung!

Im Modul 2 steht das Personalmanagement im Mittelpunkt. Wer die Situation an BBSen kennt, weiß, dass Personal beschaffen eine schwierige Aufgabe für Schulleiter*innen bleibt, zumal immer weniger grundständig studierte Lehrkräfte „auf dem Markt“ sind. Personal entwickeln sollte Schulleitung als wichtige Aufgabe betrachten, auch die Überprüfung der Effizienz und Effektivität externer Angebote erscheint sinnvoll. Allerdings ist der letzte Absatz „Der Qualitätsbereich P …“ sehr kritisch zu sehen, da dadurch unserer Einschätzung nach die Konkurrenz zwischen den Beruflichen Schulen nicht abgemildert, sondern verschärft werden wird. Im dritten Modul wird „das Nachdenken“ über die Beteiligung Externer, zum Beispiel Universitäten oder Studienseminare, empfohlen. Das begrüßen wir, dies ist aber so wenig konkret formuliert, dass auch hier die Befürchtung bleibt, dass die Mehrbelastung durch diese neue Modularisierung wieder an den Schulen hängen bleibt. Insgesamt sind dies sicherlich gute und notwendige Vorschläge, um die Qualität zu sichern und die damit verbundene Arbeit zu teilen und zeitlich zu entzerren.

Eine angestrebte qualitative Verbesserung ist doch immer im Sinne aller Beteiligten, letztendlich bleiben jedoch Fragen, die beantwortet müssen:

Werden die einzelnen Schulen durch die Schulinspektionen an BBSen besser? Wo bleibt der Nutzen für die Lehrkräfte und auch für die zu Unterrichtenden, ist dort eine konkrete Verbesserung spürbar?

Solange ein Unbehagen bei den in Schule Beschäftigten bleibt, weil es an konkreten Benennungen von Maßnahmen sowie damit einhergehenden Entlastungen zur Umsetzung fehlt, ist ein Instrument, dessen Nutzen sich den Betroffenen nicht erschließt, zumindest kritisch zu sehen, wenn nicht sogar abzulehnen.

Margit Bentin, Britta Delique
für das Referat Berufliche Bildung
und Weiterbildung

PERSONALRATSWAHLEN

10. – 11. März 2020

Kandidatinnen und Kandidaten für den
SCHULHAUPTPERSONALRAT

und für den
SCHULBEZIRKSPERSONALRAT HANNOVER

GEW STARKER RÜCKHALT FÜR GUTE ARBEIT.

STARKER
GEW RÜCKHALT
FÜR GUTE ARBEIT.

WIR MACHEN DIE PFERDE SCHEU!

Julia ist GEW-Aktive.

Personalratswahlen 2020

10.–11. MÄRZ 2020

FÜR DIE SCHULBESCHÄFTIGTEN GEHT ES IM FRÜHJAHR 2020 UM ALLES.

Echte Entlastung & bessere Bezahlung:

Darum fahren wir keinen Kuschelkurs – mit einer starken, erfahrenen GEW in Niedersachsen.

www.gew-nds.de/PRW2020

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

auf den 10. und 11. März 2020 kommt es an! Zu den Personalratswahlen treten die GEW-Kandidatinnen und -Kandidaten an, die du auf den kommenden Seiten siehst.

Mit deinen Stimmen können die GEW-Personalräte die Interessen aller Beschäftigten im Schulhauptpersonalrat beim Kultusministerium und in den vier Schulbezirkspersonalräten wahrnehmen: starker Rückhalt für gute Arbeit – auch vor Ort.

Die GEW-Aktiven kommen aus verschiedenen Schulformen und Berufen. Dieses Gesamtbild, das die GEW repräsentiert, nützt allen. Egoistische Partikularinteressen hingegen spielen nur der Politik in die Karten. Die Erfahrung unserer Personalräte zeigt: Manchmal müssen zudem sprichwörtlich die Pferde scheu gemacht werden, um die Rechte der Beamt*innen und Tarifbeschäftigten durchzusetzen!

Für dieses Engagement und unseren Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bitte ich dich um alle Stimmen für die GEW.

Laura Pooth
GEW-Landesvorsitzende

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE **BEAMTINNEN**

SchulHAUPTpersonalrat

1 Laura Pooth

Lehrkraft

Oberschule Kloster Barthe

Mitglied des Schulhaupt-personalrats

Vorsitzende der GEW Niedersachsen

2 Britta Delique

Lehrkraft

BBS I Leer

Mitglied des Schulhaupt-personalrats

Leiterin des Referats berufliche Bildung und Weiterbildung

3 Anne Killian

Lehrkraft

Gymnasium Tellkampfschule Hannover

Mitglied des Schulhaupt-personalrats

Leiterin des Referats Tarif- und Beamtenpolitik

4 Cordula Mielke

Lehrkraft

Wiedau-Schule, Oberschule Bothel

Mitglied des Schulhaupt-personalrats

Leiterin des Referats allgemeinbildende Schulen

5 Inga Birwe

Lehrkraft

Grundschule am Welfenplatz, Hannover

Mitglied des Schulhaupt-personalrats

Sprecherin der Landesfach-gruppe Grundschulen

6 Katja Wehrend

Lehrkraft

Integrierte Gesamtschule Wedemark

Mitglied des Schulpersonalrats

Leiterin des Referats Gewerk-schaftliche Bildung, Mitglieder-betreuung und Werbung

7 Claudia Kiesewetter

Lehrkraft

Realschule Gebhardshagen

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorsitzende des GEW-Kreisver-bandes Salzgitter

8 Silke Skowronek

Lehrkraft

Grundschule am See; Groß Twülpstedt

Mitglied des Schulpersonalrats

Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Landsfach-gruppe Grundschulen

9 Barbara Lottermoser

Lehrkraft

Gymnasium Sarstedt

Vorstand Landesfachgruppe Gymnasien

10 Ewe Michelle Jensen

Lehrkraft

Integrierte Gesamtschule Embsen

Mitglied des Schulhaupt-personalrats

Mitglied Fachgruppe Gesamtschulen

11 Kathrin Gröne

Lehrkraft

Albert-Einstein-Gymnasium, Hameln

Mitglied des Schulpersonalrats

Mitglied Fachgruppe Gymnasien

12 Gabriele Jakumeit

Lehrkraft

Berufsbildende Schulen Soltau

Mitglied des Schulpersonalrats Vorstand Fachgruppe BBS

13 Stephanie Reichert

Lehrkraft

VGS Wallschule, Peine

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied GEW-Kreisver-band Peine

14 Christine Kullik

Lehrkraft

Anna-Siemsen-Schule, Hannover

Mitglied des Bezirksvorstandes der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hannover

15 Heike Grebe

Lehrkraft

Realschule Vechelde

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstand der Bezirksfachgruppe Real-, Ober- und Hauptschulen Braunschweig

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE
BEAMTINNEN

SchulBEZIRKSpersonalrat Hannover

1 Isabel Rojas Castañeda

Lehrkraft

Integrierte Gesamtschule Büssingweg, Hannover

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Vorsitzende der Landesfach-gruppe Gesamtschulen

2 Ewa Kucmann

Lehrkraft

Alice-Salomon-Schule, Hannover

Mitglied des Schulbezirksper-sonalrats

Vorsitzende der Landesfachgrup-pe Berufsbildende Schulen

3 Sabine Banko-Kubis

Lehrkraft

Albert-Liebmann-Schule, Hannover

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Mitglied des Leitungsteams des Referats Frauen- und Gleichstellungspolitik

4 Wiebke Schulze

Lehrkraft

Gerhart-Hauptmann-Realschule, Hannover

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

stellv. Vorsitzende der Landesfach-gruppe Real-, Haupt-, und Oberschulen der GEW Niedersachsen

5 Dr. Monika Brinker

Lehrkraft

Viktoria-Luise-Gymnasium, Hameln

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Sprecherin des AK Queer im Referat Frauen- und Gleichstellungspolitik

6 Dr. Jutta Grebe

Lehrkraft

Elsa-Brändström-Schule, Hannover

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied der Landesfachgruppe Gymnasien

7 Julia Günther

Lehrkraft

Peter-Ustinov-Schule, Hannover

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Vorstandsmitglied der Fachgrup-pe Real-, Haupt-, und Oberschu-len im GEW-Bezirk Hannover

8 Ursula Langeheine-Krause

Lehrkraft

Grundschule Meinsen, Bückeburg

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied des GEW-Kreisverbandes Schaumburg

9 Maike Warnecke

Lehrkraft

KGS Ernst-Reuter-Schule, Pattensen

Mitglied des Schulpersonalrats

10 Carola Brickwedel-Bargheer

Lehrkraft

Grundschule Am Stadtturm, Stadthagen

Mitglied des Schulpersonalrats

11 Kathrin Gröne

Lehrkraft

Albert-Einstein-Gymnasium, Hameln

Mitglied des Schulpersonalrats

Stellvertretende Vorsitzende des GEW-Kreisverbandes Hameln-Pyrmont

12 Anke Klostermann

Lehrkraft

Wilhelm-Schade-Schule, Hannover

Mitglied des Schulpersonalrats

13 Claudia Nolte

Lehrkraft

Berufsbildende Schule Neustadt a. Rbge.

14 Ellen Jäger

Lehrkraft

Marion-Dönhoff-Gymnasium, Nienburg

Mitglied des Schulpersonalrats

Lehrkräftevertreterin im Schul-ausschuss der Stadt Nienburg

15 Petra Kottas

Lehrkraft

Oberschule Hessisch Oldendorf

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE
BEAMTE

SchulHAUPTpersonalrat

1 Holger Westphal

Lehrkraft

Schule an der Rolandsmauer, Osnabrück

Mitglied des Schulhauptpersonalrats

Stellvertretender Vorsitzender der GEW Niedersachsen

2 Jörg Addicks

Lehrkraft

Kooperative Gesamtschule, Stuhr-Brinkum

Mitglied des Schulpersonalrats

Mitglied des Leitungsteams des Referats allgemeinbildende Schulen

3 Mustafa Yalcinkaya

Lehrkraft

Integrierte Gesamtschule Garbsen

Mitglied des Schulhauptpersonalrats

Mitglied des Leitungsteams des Referats Ausbildung, Fortbildung, Hochschulen und Forschung

4 Klaus Keiser

Lehrkraft

Kaufmännische Berufsbildende Schulen Grafschaft Bentheim

Vorstandsmitglied der Bezirksfachgruppe Berufsbildende Schulen Weser Ems

5 Fritz Böhm

Lehrkraft

Berufsbildende Schulen Osterholz-Scharmbeck

Mitglied des Schulpersonalrats

Mitglied des Leitungsteams des Referats Berufliche Bildung und Weiterbildung Bezirksverband Lüneburg

6 Christian Hofmann

Lehrkraft

Grundschule Salzmannstraße, Hannover

Vertretung im Landesvorstand der Landesfachgruppe Grundschulen

7 Ramon Berghorn

Lehrkraft

Hauptschule an der Klunkau, Salzgitter

Mitglied des Schulpersonalrats

Schatzmeister des Kreisverbandes Salzgitter

8 Bernard Göbel

Lehrkraft

Gymnasium Tellkampfschule, Hannover

Mitglied des Schulpersonalrats

Leitungsteam des Referats Gewerkschaftliche Bildung, Mitgliederbetreuung und Werbung

9 Florian Ehl

Lehrkraft

Gymnasium Humboldtschule, Hannover

Vorstandsmitglied der Landesfachgruppe Gymnasien

10 Wolfgang Gerdes

Lehrkraft

Geschwister-Scholl-Oberschule, Bad Laer

Mitglied des Schulpersonalrats

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE

BEAMTE

SchulBEZIRKSpersonalrat Hannover

1 Peter Lilje

Lehrkraft

Gymnasium Langenhagen

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Vorsitzender des GEW-Bezirks-verbandes Hannover

2 Sebastian Freudenberger

Lehrkraft

Oberschule Bückeburg

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Leitungsteam der Landesfach-gruppe Real-, Haupt-, und Ober-schulen der GEW Niedersachsen

3 Harald Haupt

Lehrkraft

Grundschule Stammestraße, Hannover

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Vorsitzender des GEW-Kreis-verbandes Region Hannover

4 Benjamin Pyritz

Lehrkraft

Berufsbildende Schulen Friedrich List, Hildesheim

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied der Fachgrup-pe Berufsbildende Schulen im GEW-Bezirksverband Hannover

5 Jörn Rosenthal

Lehrkraft

OBS mit gymnasialem Zweig Bassum

Mitglied des Schulpersonalrats

Stellvertretender Vorsitzender des GEW-Kreisverbandes Diepholz

6 Timo Reinhold

Lehrkraft

BBS Stadthagen

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied des GEW-Keisverbandes Schaumburg

7 Harald Kirchhausen Monteiro

Lehrkraft

Schule im Bockfeld, Hildesheim

Vorstandssprecher des GEW-Kreisverbandes Hildesheim

8 Ingo Poppe

Lehrkraft

Gymnasium Syke

Mitglied des Schulpersonalrats

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE
ARBEITNEHMERINNEN

SchulHAUPTpersonalrat

1 Hildburg Jacobj

Erzieherin

Wiehengebirgsschule, Melle

Mitglied des Schulhauptpersonalrats

Vorstandsmitglied der Landesfachgruppe pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte

2 Rita Vogt

Diplom-Sozialpädagogin

Berufsbildende Schulen 3, Oldenburg

Mitglied des Schulbezirkspersonalrats Osnabrück

Mitglied des Leitungsteam des Referats Tarif- und Beamtenpolitik

3 Christine Braun

Lehrkraft

Bert-Brecht-Schule, Barsinghausen

Mitglied des Schulhauptpersonalrats

Vorstandsmitglied der Bezirksfachgruppe Sonderpädagogik im Bezirksverband Hannover

4 Meike Grams

Diplom-Sozialarbeiterin

Integrierte Gesamtschule Garbsen

Vorsitzende der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe

5 Kerstin Granzow

Lehrkraft an einer Grundschule

Grundschule Waldschule, Steyerberg

Mitglied des Schulpersonalrats

6 Heike Baldauf

Lehrkraft

Realschule Goldene Aue, Goslar

Mitglied des Schulpersonalrats

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des Bezirksverbands Braunschweig

7 Hilke Pannier-Marx

Pädagogische Fachkraft

Peter-Pan-Schule, Wolfsburg

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied der Landesfachgruppe pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE

ARBEITNEHMERINNEN

SchulBEZIRKSpersonalrat Hannover

1 Katharina Voge

Ergotherapeutin

Astrid-Lindgren-Schule, Nienburg

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Vorstandsmitglied der Bezirks-fachgruppe Sozialpädagogische Berufe im GEW-Bezirksverband Hannover

2 Susan Bartels de Pareja

Lehrkraft

Grundschule Ahlem, Hannover

Mitglied des Schulbezirks-personalrats

Vorstandsmitglied des GEW-Kreisverbandes Region Hannover

3 Astrid Greve

Therapeutin

FöS Astrid-Lindgren-Schule, Nienburg

Mitglied des Schulpersonalrats

4 Anette Wetzel-Hesselbarth

Lehrkraft

KGS Ernst-Reuter-Schule, Pattensen

Mitglied des Schulpersonalrats

5 Annabella Janssen-Jeske

Lehrkraft

Herman-Nohl-Schule, Hildesheim

Mitglied des Schulpersonalrats

VORSCHLAGLISTE FÜR DIE GRUPPE ARBEITNEHMER

SchulHAUPTpersonalrat

1 Arne Gruppe

Pädagogischer Mitarbeiter

Wartbergschule Osterode

Mitglied des Schulhauptpersonalrats

Vorsitzender der Landesfachgruppe pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte

2 Björn Steinmeyer

Pädagogischer Mitarbeiter

Oswald-Berkan-Schule, Braunschweig

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied der Landesfachgruppe pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte

3 Roland Kölzer

Schulassistent

Ernst-Reuter-Schule KGS Pattensen

Mitglied des Schulpersonalrats

Vorstandsmitglied der Landesfachgruppe pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte

4 Christian Haubner-Reifenberg

Lehrkraft

Helene-Lange-Schule, Hannover

5 Giacomo Gualato

Pädagogischer Mitarbeiter

Peter-Pan-Schule Wolfsburg

Vorstandsmitglied der Fachgruppe pädagogische, therapeutische und technische Fachkräfte im Bezirksverband Braunschweig

SchulBEZIRKSpersonalrat Hannover

1 Olaf Korek

Erzieher

ILMASI-Schule, Garbsen

Mitglied des Schulbezirkspersonalrats

Leitungsteam des Referats Jugendhilfe und Soziale Arbeit

2 Christian Kerber

Schulsozialarbeiter

Ratsschule Berenbostel, Garbsen

3 Hans-Peter Wiegand

Schulassistent

BBS ME, Hannover

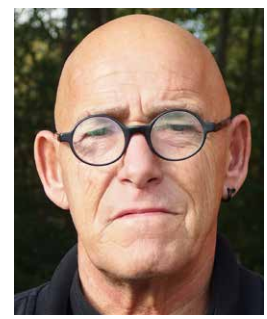
Mitglied des Schulpersonalrats

4 Olaf Hauburg

Lehrkraft

Berufsbildende Schulen 3, Hannover

Mitglied des Schulpersonalrats



5 Thomas Pawlik

Sozialpädagoge

IGS Schaumburg, Stadthagen

Die vier GEW-Hauptforderungen

Die GEW tritt für eine grundlegend bessere Finanzierung der Schulen ein und fordert konkrete Verbesserungen für die Beschäftigten. Daher setzen wir uns für bessere Bezahlung und spürbare Entlastungen ein:

- **A 13 / E 13**
- **100-Prozent-Stellen für sozialpädagogische und therapeutische Fachkräfte**
- **2. Stunde Altersermäßigung**
- **mehr Entlastungsstunden / nachhaltige Verringerung der Arbeitszeit**

Was von der GEW schon erreicht wurde

Forderung	Stand Januar 2020	Ziel der GEW bis zur Landtagswahl
A 13 / E 13	Zulage von 97,27 Euro ab 1.8.2020	verbindlicher Stufenplan und zweiter Schritt der Zulage in 2021/22
100-Prozent-Stellen für alle päd./therapeut. Mitarb.	Vollzeit für ca. 400 Beschäftigte	Vollzeit für alle ab 2021/22
2. Stunde Altersermäßigung	Kultusministerium sieht Einführung in mehreren Stufen ab 2024 vor	erster Schritt vor Landtagswahl 2022
Entlastungen/Arbeitszeit	Entlastungen für Grundschulleitungen und andere in Arbeitszeit-VO vorgesehen Anhebung der Faktoren für besondere Belastungen beginnend ab 2021/22	verbindliche Schritte ab Schuljahr 2020/21

Engagement lohnt sich

Durch das unermüdliche Eintreten und die vielfältigen Aktionen der GEW sind die vier Hauptforderungen der GEW bei der Politik mehr als deutlich angekommen! Die Landesregierung, das Kultusministerium und die Regierungsfraktionen haben die Notwendigkeit der besseren Finanzierung des Bildungswesens anerkannt und auch erste Schritte umgesetzt bzw. eingeleitet. **Das ist gut so, aber noch lange nicht ausreichend!** Wir erwarten, dass bis zum Ende der Legislaturperiode die weiteren Beschlüsse gefasst und die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

GEWählen zahlt sich aus!

Im Personalratswahlkampf steht die GEW für die obigen Forderungen! Wer GEW wählt, hat die Gewähr für eine starke Stimme für die Bildung und die Beschäftigten in Niedersachsen. GEW-Personalräte sind ein starker Rückhalt für Gute Arbeit!

STARKER RÜCKHALT FÜR GUTE ARBEIT.

GEW

Impressum: V.i.S.d.P.: Christian Hoffmann, GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover

Fachgruppe PTTF

Abschied von Heide Pauer

Auf der Vorstandssitzung der Fachgruppe pädagogisches, therapeutisches und technisches Fachpersonal (PTTF) am 6. November 2019 in Braunschweig wurde die langjährige Kollegin Heide Pauer (Foto Mitte, mit Blumenstrauß) aus der Fachgruppe verabschiedet: Sie konnte in den wohlverdienten Ruhestand entlassen werden.

Sie ist langjähriges GEW-Mitglied und war neben ihrer Tätigkeit an der Förderschule in Vienenburg viele Jahre im Schulhauptpersonalrat in Hannover für die Berufsgruppen PTTF tätig. Ein großer Schwerpunkt ihrer Arbeit in Hannover war, daran mitzuwirken, die Zwangsteilzeit für viele der Kolleginnen und Kollegen zu beenden, die als pädagogische und therapeutische Fachkräfte an unterschiedlichen Schulformen eingestellt sind. Die Fachgruppe PTTF sagt danke!

Weitere Tagesordnungspunkte neben der Verabschiedung: der aktuelle Stand des am 1. November 2019 in Kraft getretenen PM-Erlasses (Pädagogische Mitarbeiter*innen) sowie die Umsetzung der 100 Prozent-Verträge für die an Förderschulen beschäftigten Kolleg*innen. Dabei wurde wieder sehr deutlich, dass noch ein großes Informationsbedürfnis bei den Kolleg*innen, aber auch bei den Schulpersonalrät*innen und auch vielen Schulleitungen besteht. Außerdem waren die im März 2020 anstehenden Personalratswahlen Thema.

Cornelia Hayn
Susanne Schmedt

Foto: GEW

Die Fachgruppe PTTF verabschiedete Heide Pauer (Mitte, mit Blumenstrauß) aus der ehrenamtlichen Fachgruppenarbeit.

Die Frage: Was wäre, wenn…?

In lockerer Folge sollen hier die Mitglieder des E&W-Beirates (er berät und unterstützt die beiden Redaktionsmitglieder) gebeten werden, eine aktuelle Frage zu beantworten. Diesmal Hans-Jürgen Glapa.

Was würdest du tun, wenn du niedersächsischer Finanzminister wärst?

Als Finanzminister würde ich mich durch den Besuch einer Grundschule und einer Hauptschule informieren und verbrächte dort einige Studientage an Schulen mit Problemkindern. Ich wäre den ganzen Tag dabei, mit Vor- und Nachbereitung und unterrichtete selbst einige Stunden. Zum Schluss besuchte ich noch ein Gymnasium und verbrächte dort ebenfalls einen Tag ähnlich wie zuvor.

Durch diese Eindrücke und Kenntnisse könnte ich mir besser ein Bild über mögliche Belastungen machen. Käme ich zu dem Schluss, dass Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen mindestens so stark belastet sind wie Gymnasiallehrkräfte und daher die Forderungen nach kleineren Klassen, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtungen sowie Angleichung der Bezahlung berechtigt sind, bemühte ich mich, alle Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen.

Hans-Jürgen Glapa ist seit 2003 Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Peine. Der gelernte Schriftsetzer war vor seinem Renteneintritt 2010 unter anderem Vertrauenslehrer an einer Hauptschule und Mitglied im Schulhauptpersonalrat. Er lebt mit seiner Frau in Ilsede und hat zwei erwachsene Töchter.

Foto: GEW

Rechtsanwalt Dr. Ulrich Faber aus Bochum informierte umfassend über die rechtlichen Grundlagen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Fachtagung

Arbeits- und Gesundheitsschutz (AuG) als Aufgabe für Schulleitungen

Zwei Fachtagungen zum Thema „Arbeits-und Gesundheitsschutz als Aufgabe für Schulleitungen“ veranstaltete die GEW im November, die erste in Oldenburg, die zweite in Braunschweig. Der Rechtsanwalt Dr. Ulrich Faber aus Bochum, der seinen Tätigkeitsschwerpunkt im Arbeitsschutzrecht hat, leitete die interessierten Teilnehmer*innen durch den nur scheinbar trockenen „Paragraphen-Dschungel“. Nachfragen und Beispiele aus dem Schulalltag waren erwünscht, sodass ein konstruktiver Austausch stattfand.

Für die vielen Feinheiten der Niedersächsischen AuG-Struktur in Schulen sowie für die Klärung von Einzelfragen standen neben dem Rechtsexperten Faber auch Mitglieder der Schulbezirkspersonalräte (SBPR) als Ansprechpartner*innen zur Verfügung: in Oldenburg waren dies Rita Vogt, Ulrike Kinzl und Inga Birwe, in Braunschweig Margit Bentin und Michael Staszak. Die Schulbezirkspersonalrät*innen begleiteten die Teilnehmer*innen auch ansonsten durch den gesamten Tag und konnten hilfreiche Informationen beisteuern.

Das Arbeitsschutzrecht ist seit 1996 im Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) verankert. Für den Schulbereich beinhaltet das die Verpflichtung des Arbeitgebers (als oberster Dienstherr der Kultusminister) in Bezug auf Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz gegenüber dem Personal in der Schule. Diese Aufgabe überträgt das Kultusministerium auf die Dienststellenleitung, also auf die Schulleitung. Der Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz (AuG) hat in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen. Ein Grund für die Schulleitungen, an der Veranstaltung teilzunehmen, war dementsprechend der Wunsch, mehr rechtliche Gewissheit zu erlangen. Eine weitere Motivation war aber auch das Bewusstsein über die – für alle in Schule Beschäftigten – immer stärker zunehmende Belastung. Hohe Krankenstände und die Erkenntnis, dass nur ein geringer Prozentsatz der beamteten Lehrkräfte die Regelaltersgrenze erreicht, sind alarmierend.

Rechtsanwalt Dr. Faber stellte in groben Zügen die Vielzahl der Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Konzepte und Erlasse dar, die alle beim Arbeitsschutz in Schulen zusammenwirken, führte aber gekonnt immer wieder auf die entscheidenden Paragraphen zurück, die ausschlaggebend sind für das systemische Handeln.
Im Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG §§ 3, 4) sind die Grundpflichten des Arbeitgebers, nämlich dass die Beschäftigten sicher und gesund arbeiten können, geregelt. Der Arbeitgeber muss für eine geeignete Organisation sorgen und die Kosten dafür tragen. Die Bestellung von Fachkräften für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin ist zum Beispiel im Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) geregelt. In Niedersachsen gibt es bei den Regionalabteilungen der Landesschulbehörde Stabsstellen für den Bereich Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement: Fachkräfte für Arbeitssicherheit (FASi), Arbeitsmedizin (AM), Arbeitspsychologie (AP) mit Beauftragten für Suchtfragen (BfS).

Die für die eigene Schule zuständigen AuG-Berater*innen sowie die Gesetze, Konzepte, Erlasse und die relevanten Formulare findet man sehr übersichtlich unter **www.arbeitsschutz-schulen-nds.de**

Das Kernstück beim AuG in Schulen ist die Gefährdungsbeurteilung (ArbSchG § 5). Dabei sind beispielsweise die Berater*innen der Stabstellen AuG behilflich. Es gibt dabei
1. den räumlich-technischen Teil, für den ein Zusammenwirken mit den Kommunen als Schulträger besonders nach der Erhebung nötig ist, und
2. die seit 2007 verankerte Erhebung der psychischen Gefährdungen. Dazu hat das Kultusministerium mit der Uni Hannover den sogenannten BuGiS-Fragebogen entwickelt, der überarbeitet wurde und neue Belastungsbereiche der letzten Jahre berücksichtigt.

Verantwortliche Akteure in der Schule für AuG sind die Schulleitungen sowie der Personalrat und die Sicherheitsbeauftragten beziehungsweise der Arbeitsschutzausschuss an größeren Systemen mit mehr als 20 Vollzeit-Beschäftigten-Stellen.

Sehr hilfreich für einen Überblick im AuG-Bereich und für die praktische Arbeit vor Ort ist die GEW-Broschüre Arbeits- und Gesundheitsschutz, aktualisierte Neuauflage 2019.

Die Teilnehmer*innen der Tagung hatten bei allen Themengebieten – wie zum Beispiel Maßnahmen nach Gefährdungsbeurteilung, Zusammenarbeit mit dem Schulträger, Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM), Beratungssystem Stabsstellen AuG, Schulungs- und Unterstützungsangebote – so viele Nachfragen, Anmerkungen und Statements, dass die Zeit für den AuG-Marathon an diesen Tagen wie im Fluge verging.

Margit Bentin (Braunschweig)
und **Rita Vogt** (Weser-Ems)

Achtung: Für 2019 neue Beitragsquittungen

Für das Jahr 2019 wird die Beitragsquittung für den Jahresbeitrag der GEW erstmalig auf dem Kontoauszug erscheinen.

Der Text wird voraussichtlich wie folgt sein:
„JAHRESBEITRAG 2019: XXX,XX Euro“

Da der Regeleinzug quartalsweise erfolgt, wird der Text auf den Kontoauszügen im Monat Februar 2020 auftauchen.

Zusätzlich ist eine Betragsbescheinigung ab Februar 2020 auch online erhältlich.

In diesem Zusammenhang bittet die Landesgeschäftsstelle noch um Folgendes: Bei Anzeigen von Änderungen bitte das Formular im Mitgliederbereich auf der Homepage der GEW unter der Rubrik „Mitgliederservice“ nutzen und die entsprechenden Informationen per Mail senden an: **mitgliederverwaltung@GEW-Nds.de**

Kurzinfos aus der Landesfachgruppe Senior*innen

■ Im November wählte die Landesfachgruppe erneut ihr Vorstandsteam. Wieder gewählt wurden Ursula Themer, Rudi Aelker und Herbert Czekir (alle Weser-Ems). Für den ausscheidenden Günter Gross wurde Klaus Kucharski (Hannover) ins Team gewählt.

Foto: Günter Gross

Das neue Vorstandsteam der Landesfachgruppe Senior*innen (von links): Herbert Czekir, Rudi Aelker, Ursula Themer, Klaus Kucharski

■ Auf Antrag der Landesfachgruppe beschloss der Landesvorstand Ende November:
Die GEW Niedersachsen wendet sich entschieden gegen Pläne der Landesregierung, Pensionär*innen von zukünftig möglicherweise wieder gezahlten Jahressonderzahlungen auszunehmen oder sie schlechter zu stellen als die aktiven Beschäftigten. Die GEW betont, dass sie weiterhin eine Wiedereinführung der Jahressonderzahlungen in Form eines 13. Monatsgehalts für alle Beschäftigten wie auch für die Pensionär*innen fordert.

■ Die Planung des zweiten Niedersächsischen Senior*innentages der GEW nimmt Gestalt an:
Zu dem Thema „Aspekte rechtsradikaler Entwicklungen in Deutschland und Europa“ konnten namhafte Referent*innen für Vorträge und Workshops gewonnen werden. Termin der Veranstaltung ist der 15. September 2020. Veranstaltungsort: Hannover. Weitere Infos rechtzeitig in der E&W.

■ In Anlehnung an die Bundessatzung und im Sinne einer gendergerechten Bezeichnung heißt die Fachgruppe in Zukunft auf allen Ebenen „Fachgruppe Seniorinnen und Senioren“ (Fachgruppe Senior*innen).

Jahrestagung der AJuM in Loccum

Gereimtes und Ungereimtes

Kinder lieben das Spiel mit der Sprache. Sie dichten spontan weiter, kreieren neue Wörter, lachen und staunen über das, was man mit Sprache machen kann.

„Wer Fantasie hat, baut sich mit Sprache neue Welten. Wer Worte hat, kann die Welt verwandeln“, sagte Uwe-Michael Gutzschhahn in seinem Vortrag „Warum brauchen Kinder Lyrik?“. Gedichte spielen mit Lauten, Assoziationen, verschieben mit Leichtigkeit die Realität. Gedichte für Kinder sind sich selbst genug, sie dürfen nicht analysiert werden, sie lassen Sprache erleben.

Dieses Spielen mit der Sprache auf einer ganz anderen Ebene zeigen auch Poetry-Slammer. Bas Böttcher performte am Abend, ließ Sprache erleben, ließ die Erwachsenen staunen. In seinem Workshop am folgenden Tag merkten die Teilnehmer*innen, dass das, was am Abend so leicht und selbstverständlich geklungen hatte durch die bewusst eingesetzte Sprache und Stimme, für Laien kaum in Ansätzen erreichbar ist. Bas Böttcher ließ die Teilnehmer*innen das Undenkbare denken, Paradoxien finden, Stilmittel wie Alliterationen und Mehrdeutigkeiten von Worten erkennen, neue Blicke auf den Alltag werfen und Rhythmen für Textzeilen finden. Lautmalerei in Text und Gesten variieren Textinhalte.

Erarbeitet man mit Schüler*innen Gedichte, so bieten sich neben dem Hören und Vortragen der Gedichte als Mittel der schriftlichen Präsentation auch eigener Werke Lapbooks an. Jana Billau stellte die Einsatzmöglichkeiten eines Lapbooks anhand von selbst gestalteten Lapbooks vor und ließ die Workshopteilnehmer*innen eigene Lapbooks schaffen.

Am dritten Tag der Veranstaltung präsentierte Arno Drews die Westermann-Verlagsgruppe und zeigte anhand mitgebrachten Materials, wie Verlage den Lyrikunterricht in der Schule anregen und stützen. Goethe und Schiller von Profis gerappt finden bei Schüler*innen bestimmt ebenso Interesse an den Originalen wie von Profis vorgetragene Lyrik, denn auch hier hilft ein gelungener Vortrag, Inhalt zu verstehen. Die mitgebrachten Materialien zur Leseförderung fanden ebenfalls großes Interesse. Sie repräsentierten einen kleinen Ausschnitt aus dem Print- und dem digitalen Angebot der Verlagsgruppe, die jährlich 3.000 Neuerscheinungen auf den Markt bringt und 30.000 Titel lieferbar vorrätig hat.

Im nächsten Jahr steht die stets von Ursula Remmers und Ulrike Fiene vorbereitete Jahrestagung unter der Überschrift „Märchen und Märchenadaptionen – Neues aus der Märchenwelt“.

Ulrike Fiene
AJuM Niedersachsen

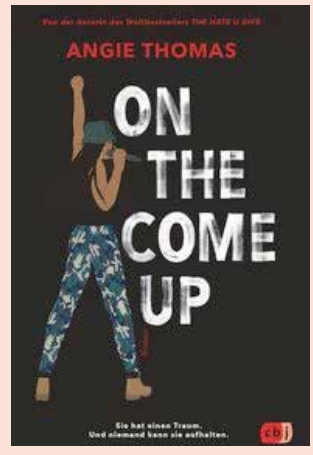
LesePeter der AJuM

Im Januar 2020 erhält den LesePeter das Kinderbuch:

Nora Alexander & Julia Christians
Opa und die Nacht der Wölfe
Oetinger Verlag, Hamburg 2019
ISBN 978-3-7891-0954-6
208 Seiten – 14,00 €
ab 9 Jahren

Normalerweise passen Opas auf ihre Enkel auf, aber bei Olli ist es andersrum. Sein Opa läuft einfach weg und beschert Olli richtig peinliche Situationen. Doch in einer Vollmondnacht staunt der Junge sehr. Sein gebrechlicher, alter Opa verwandelt sich in einen kraftvollen Wolf. Obwohl am nächsten Morgen wieder alles beim Alten ist, hat diese Nacht viel verändert.

Im Februar 2020 erhält den LesePeter das Jugendbuch:



Angie Thomas
On The Come Up
cbj Jugendbücher
ISBN 978-3-570-16548-5
512 Seiten – 18 €
ab 14 Jahren

„On the come up“ ist nach „The hate U give" der zweite Jugendroman von Angie Thomas, der durch seine „Street Credibility“ beeindruckt. Thomas erzählt von der Diskriminierung Schwarzer in den USA, von der Welt des Rap und davon, wie die 16-jährige Bri ihre Träume zu leben versucht. Ein Coming-of-Age-Roman mit Musik.

Die ausführlichen Rezensionen (mit pädagogischen Hinweisen) sind im Internet unter **www.ajum.de** (LesePeter) abrufbar.

Fachgruppe Seniorinnen und Senioren im GEW-Kreisverband – Region Hannover

Das lebende Denkmal „Fagus-Werk“ in Alfeld

Hundert Jahre Bauhaus
1919 gründete Walter Gropius in Weimar das Bauhaus, eine Schule für Architekten, Künstler und Designer. Zum 100. Geburtstag der Bildungsstätte wurden in Weimar, Berlin und Dessau gleich drei neue Museen eröffnet. Ausstellungen, Festivals und Sonderschauen haben sich im Jubiläumsjahr mit den Ideen des Bauhauses auseinandergesetzt und unter verschiedenen Themenbereichen Zugang zum Bauhaus eröffnet. Auch die GEW-Seniorinnen und Senioren aus dem Kreisverband Region Hannover setzten sich bei der Besichtigung des UNESCO-Welterbes Fagus-Werk in Alfeld mit der Bauhaus-Architektur auseinander, denn hier wurde Bauhausgeschichte geschrieben: Bereits 1911 entwarf der spätere Bauhausgründer Walter Gropius mit dem Fagus-Werk einen der Ursprungsbauten der Moderne.

Im multimedialen UNESCO-Besucherzentrum des Fagus-Werks begrüßt Hans-Herbert Miehe zur Werksführung, die über das Außengelände sowie durch die verschiedenen Gebäudeteile des Fagus-Werks führt. Er gibt detaillierte Hinweise zu den einzelnen Bauabschnitten und den architektonischen Besonderheiten der Gebäude, über den Architekten Walter Gropius und den Firmengründer Carl Benscheidt.

Tradition und Innovation
Der Bau der Eisenbahnlinie Kassel – Hannover 1853 förderte auch in Alfeld die Industrialisierung und bedeutende Betriebe wurden gegründet, so auch die Schuhleistenfabriken Fagus im Jahre 1911. Als beispielhaft und zukunftsweisend für die moderne Industriearchitektur und das „Manifest der Neuen Sachlichkeit“ wurde das Fagus-Werk 2011 Teil des Weltkulturerbes der UNESCO. Bis heute ist das Werk die weltweit einzige Welterbestätte, die noch in vollem Betrieb ist. Immer noch werden Schuhleisten und -formen hergestellt, wenn auch zunehmend digitalisiert und aus Kunststoff statt aus traditionellem Buchenholz (lateinisch Fagus), von dem der Name des Werks abgeleitet wurde.

Carl Benscheidt, Gründer des Fagus-Werks, war viele Jahre Prokurist in der Schuhleistenfabrik C. Behrens gewesen, bis er dort im Streit ausschied und in Sichtweite zur alten Firma sein eigenes Werk gründete. Er wollte mit seinem Unternehmen den Konkurrenten „auf allen Gebieten übertreffen“. 1911 betraute Benscheidt den jungen, unbekannten Architekten Walter Gropius und dessen Mitarbeiter Adolf Meier mit dem Bau seiner neuen Schuhleistenfabrik.

Architektur und Produktion
Klare Linien, Glas, Stahl und Stein, ein Wechselspiel zwischen massiver und transparenter Bauweise, dominieren den Fabrikbau. Die Architektur der einzelnen Gebäude passt sich deren Funktion an. So ist das Lagerhaus ein solider Steinbau, während die Werkstatt durch große breite Fensterfronten und vollverglaste, stützenlose Gebäudeecken eine helle und somit zum Arbeiten optimale Umgebung schafft. Das Treppenhaus mit der freischwebenden Treppe ist der schönste Raum des Werks, ein Innen- und gleichzeitig Außenraum von Licht durchflutet.

„Der Mensch im Mittelpunkt“
Gemäß der Devise des Firmengründers Carl Benscheidt und seiner lebensreformerischen Haltung, nach der der Erfolg seines Unternehmens auch im Wissen und Können seiner Mitarbeiter liege, wurden moderne, helle Arbeitsplätze im ganzen Werk eingerichtet.
Eine Architektur, die nicht nur ästhetisch neue Maßstäbe setzte, sondern auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Industriearbeiter zum Ziel hatte, war in der damaligen Zeit keineswegs selbstverständlich. Das Fagus-Werk steht somit auch für den Beginn einer neuen Unternehmenskultur, die sich mit den sozialen und funktionalen Abläufen des Arbeitens auseinandersetzte und die die Bedürfnisse der darin arbeitenden Menschen berücksichtigte.

Fagus-Gropius-Ausstellung
Im renovierten Lagerhaus präsentiert sich auf fünf Etagen eine Ausstellung, die sich der Geschichte des Werks und seiner Protagonisten, der Architektur, den Bauhaus-Möbeln und der Schuhmode der vergangenen Jahrhunderte und der Vielfältigkeit des Werkstoffs Holz widmet. Im Schuhleistenkeller werden seit der Firmengründung Fagus-Leistenmodelle archiviert – inzwischen rund 30.000.

Industriekultur
„Die Form folgt der Funktion“, dieser Gestaltungsgrundsatz von Walter Gropius lässt sich im lebenden Museum „Fagus-Werk“ nachvollziehen. Und solange Bauhaus-Architektur nicht nur historisch gesehen wird, sondern als modern gilt, und das heißt: innovativ, aufgeklärt und zeitgemäß, wird es auch künftig lebendig bleiben.

Inge Martini

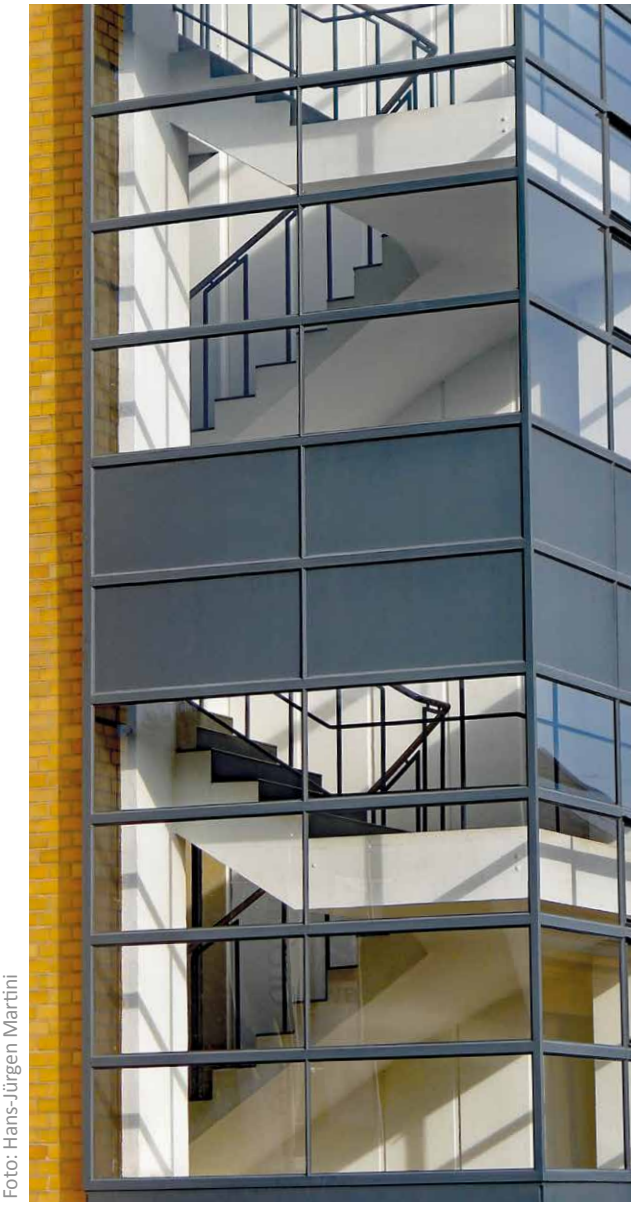


Foto: Hans-Jürgen Martini

Aktuelles aus der Personalrats-arbeit

Aus den Personalräten

MK legt Entlastungspläne vor

In der Antwort auf eine kleine Kleine Anfrage der FDP (LT-DS 18/5138) gab das Kultusministerium (MK) den Vorschlag eines Stufenplanes bekannt, der den Verbänden und der Gewerkschaft im Rahmen des Runden Tisches im November bekannt gemacht worden war. Der Vorschlag für eine gestufte Änderung der Niedersächsischen ArbZVO-Schule sieht folgendermaßen aus:

1. Stufe:

– § 4 Nds. ArbZVO-Schule: Meldepflicht für Überschreitungen der verordnungsrechtlichen Grenze für Mehr- und Minderzeiten ab 80 Stunden.
– § 12 Nds. ArbZVO-Schule: Aufnahme der erlasslichen Vorgriffsregelung zur Entlastung teilzeitbeschäftigter Oberstudienrät*innen.
– § 14 Nds. ArbZVO-Schule: Legaldefinition des Begriffes ‚besondere Belastungen'.
– Tabelle 1 der Anlage 2 zu § 23 Nds. ArbZVO-Schule: Absenkung der Unterrichtsverpflichtung von Grundschulleitung um 1,0 Stunden.

2. Stufe:

– Anlage 1 zu § 12 und § 12 Abs. 2 Nds. ArbZVO-Schule: Anhebung der Anrechnungsstunden für schulfachliche Koordinatorinnen und Koordinatoren an Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen um je 2,0 Stunden.

3. Stufe:

Die Faktoren der Anlage 4 zu § 14 Abs. 1 Nds. ArbZVO-Schule zur Berechnung der Anrechnungsstunden, die die Schulen für besondere Belastungen erhalten, sollen wie folgt angehoben werden:

– für den Primarbereich auf 0,6, für den Sekundarbereich II an berufsbildenden Schulen auf 1,3 und
– für den Sekundarbereich II an Gymnasien, Kollegs und beruflichen Gymnasien sowie Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen auf 2,5.

4. Stufe:

Die Faktoren der Anlage 4 zu § 14 Abs. 1 Nds. ArbZVO-Schule zur Berechnung der Anrechnungsstunden, die die Schulen für besondere Belastungen erhalten, sollen wie folgt angehoben werden:

– für den Sekundarbereich I an Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen auf 1,0 und für den Primarbereich auf 1,0.

5. Stufe:

Die Faktoren der Anlage 4 zu § 14 Abs. 1 Nds. ArbZVO-Schule zur Berechnung der Anrechnungsstunden, die die Schulen für besondere Belastungen erhalten, sollen wie folgt angehoben werden:

– für den Sekundarbereich I an Gymnasien, Kollegs und beruflichen Gymnasien, Oberschulen, Realschulen, Hauptschulen und Förderschulen auf 1,0 für den Primabereich an Förderschulen auf 1,0,
– für den Sekundarbereich II an berufsbildenden Schulen auf 1,5 sowie für den Sekundarbereich II an Gymnasien, Kollegs und beruflichen Gymnasien, Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen auf 3,0.

6. Stufe:

– § 8 Nds. ArbZVO-Schule: Anhebung der Altersermäßigung für alle Lehrkräfte:

– ab 60 Jahren um 1,0 Stunden,
– ab 62 Jahren um 1,5 Stunden.
– Bei Lehrkräften mit einem Grad der Behinderung von 50 Prozent: ab 55 Jahren um 1,0 Stunden, ab 62 Jahren um 2,0 Stunden.

7. Stufe:

– § 8 Nds. ArbZVO-Schule: Weitere Anhebung der Altersermäßigung für alle Lehrkräfte:

– ab 58 Jahren um 0,5 Stunden,
– ab 60 Jahren um 1,0 Stunden,
– ab 62 Jahren um 1,5 Stunden.
– Bei Lehrkräften mit einem Grad der Behinderung von 50 Prozent:
– ab 55 Jahren um 1,0 Stunden,
– ab 62 Jahren um 2,0 Stunden.
– Tabelle 1 der Anlage 2 zu§ 23 Nds. ArbZVO-Schule: Absenkung Unterrichtsverpflichtung Grundschulleitung um 1,0 weitere Stunden.

Auf Nachfrage der FDP teilte das MK nachträglich noch mit, dass die Stufen 1 und 2 (rund 180 VZE) bei der sich zurzeit in der Ressortabstimmung befindlichen Änderung der ArbZVO-Schule berücksichtigt werden sollen. Die weiteren Stufen seien lediglich ein Vorschlag für ein mögliches ge-

stuftes weiteres Vorgehen, die unter dem Vorbehalt der haushaltsmäßigen Bedingungen stünden. (LT-DS 5519)

Besoldung von GHR-300 Absolvent*innen

Auf Nachfrage der FDP teilte das Finanzministerium mit, der Landesregierung seien keine Fälle bekannt, in denen GHR-300-Absolvent*innen auf Einstellung nach Besoldungsgruppe A 13 klagten. Die Landesregierung bewerte die aktuelle Zuordnung des Einstiegsamts der Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen als rechtlich zulässig. Die Vor- und Ausbildung sei nur ein Kriterium, das für die Zuordnung eine Rolle spiele. Zu beachten seien insbesondere auch die Tätigkeitsanforderungen der Amtsausübung. Des Weiteren könnten der unmittelbare Vergleich der Bedeutung des Amtes, die Ausgewogenheit der Besoldungsordnung und Ähnlichkeiten oder Besonderheiten bei den zu vergleichenden Beamtengruppen eine Rolle spielen. Der Gesetzgeber dürfe sich bei einer Neuregelung nicht von unsachlichen Erwägungen leiten lassen. Es müsse sich stets ein für die Gesamtregelung vernünftiger Grund anführen lassen. Diesen scheint die Landesregierung in dem Mangel an Bewerber*innen für den GHR-Bereich nun zu sehen, sodass im Haushalt 2020 bekanntermaßen die Gewährung der Allgemeinen Stellenzulage in Höhe von zunächst 97,27 Euro vorgesehen ist (A 12Z). Die Zulage ist dynamisch ausgestaltet und nimmt automatisch an Besoldungsanpassungen teil. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen belaufen sich 2020 auf rund 13 Millionen Euro; für 2021 auf rund 31 Millionen Euro. (LT-DS 18/4886)

Abfrage zu Mehr- und Minderstunden der Lehrkräfte

Das Kultusministerium teilte auf Anfrage der FDP mit, es plane nicht, die Mehr- und Minderzeiten nach § 4 Abs. 2 Nds. ArbZVO-Schule flächendeckend statistisch zu erfassen, da damit ein nicht unerheblicher Aufwand für die Schulen und die Verwaltung verbunden wäre. Aufwand und Ertrag einer solchen Vollerfassung stünden außerhalb eines sinnvollen Verhältnisses und auch aus Fürsorgegesichtspunkten sei eine solche Vollerfassung nicht erforderlich. Um die Fürsorgepflicht zu erfüllen, sei ausreichend, Kenntnisse von erheblichen Verstößen gegen rechtliche Vorgaben zu erhalten und die Schulen zu verpflichten, ab einer Überschreitung des verordnungsrechtlich vorgegeben Rahmens in einem bestimmten Umfang eine Meldung an die NLSchB abzugeben. Die Einführung einer solchen Meldepflicht werde derzeit im MK vorbereitet. (LT-DS 18-5483)

Ausbildung

Die neuen Rahmenrichtlinien zur Schaffung des Berufs „Staatlich geprüfte*r Fachassistent*in für frühe Bildung und Erziehung“ lehnt die GEW entschieden ab. Diese „neue“ und verkürzte Ausbildung ist keinesfalls dienlich, das Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot auf einem hohen qualitativen Level zu halten oder dieses zu verbessern. Das Bildungssystem leidet nicht nur unter dem Fachkräftemangel, sondern ebenso unter den bestehenden Rahmenbedingungen. Insofern ist diese geplante „Schmalspurausbildung“, die hinsichtlich ihrer Konkretisierung noch viele Fragen offenlässt, in dieser Form abzulehnen: Insbesondere auch gerade deswegen, weil sie dem umzusetzenden Bildungsauftrag eher widerspricht als dienlich ist. Dazu liegen verschiedene Stellungnahmen der GEW und der zuständigen Studienseminare vor; auch ver.di hat sich schon ablehnend dazu geäußert. **https://sozialearbeit.verdi.de/themen/ausbildung**

Neuordnung des Geschäftsbereichs des MK

Die Neuordnung des Geschäftsbereichs nimmt nun mittels einer Projektarchitektur, in der Rollen, Funktionen und Verantwortlichkeiten beschrieben werden, Form an. Beratung und Projektcontrolling erfolgen durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Leitung der Lenkungsgruppe, in der die strategischen Entscheidungen fallen, obliegt der Staatssekretärin. In fünf Teilprojekten der zu bearbeitenden Handlungsfelder werden die Auflösung der Niedersächsischen Landeschulbehörde (NLSchB) und die Einrichtung Regionaler Landesämter für Schule und Bildung (RLSB), die zum 1. Dezember 2020 ihre Arbeit aufnehmen sollen, vorbereitet. Neben der Einbindung von rund 150 Mitarbeiter*innen des Kultusministeriums (MK), der NLSchB sowie des Landesinstituts für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) in den Unterarbeitsgruppen sind auch Vertreter*innen des Hauptpersonalrats (HPR), des Schulhauptpersonalrats (SHPR) und der Schwerbehinderten sowie die Gleichstellungsbeauftrage des MK beratend eingebunden. Ein Beirat, unter anderem bestehend aus Vertreter*innen der Eltern, Schüler*innen und Lehrkräfte, soll den Prozess begleitet.

Lehrkräftebedarfsprognose und Ausschreibungen

In der Antwort auf eine Anfrage der FDP lassen sich in der LT-DS 18/5250 konkrete Daten zum Bedarf einzelner Schulen und zu der konkreten Ausschreibung von Stellen zum 6. August 2019 finden. Demnach wurden an rund 82 Prozent der 426 Schulen, deren Bedarf mindestens eine Vollzeitstelle ausmachte, Stellen ausgeschrieben. Die Drucksache enthält auch die konkreten Zahlen für Stellenbesetzungen und Abordnungen der einzelnen Schulen.

Archivierungsfrist für Klassenarbeiten

Kultusminister Tonne hat im Dezemberplenum des Landtags mitgeteilt, zukünftig entfalle die Archivierungsfrist für Klassenarbeiten. Damit, so der Minister, würden die Lehrkräfte entscheidend entlastet. Die Regelung soll untergesetzlich festgelegt werden; eine Ausnahme sei bei anhängigen Widerspruchs- und Klageverfahren vorgesehen. (Pressemitteilungen des MK vom 27. November und 17. Dezember 2019)

Auch in Niedersachsen fehlen Schulleiter*innen

An mehr als 170 der rund 2.800 Schulen sind die Leitungsposten verwaist; 98 davon sind Grundschulen. Geringere Probleme haben die 257 Gymnasien: Hier waren im Dezember 2019 nur sechs Stellen vakant. Insbesondere an Grundschulen sowie Schulen im ländlichen Raum sei die Besetzung schwierig, so Minister Tonne. (dpa 15. Dezember 2019)

Aufstockung der Schulsozialarbeit

Zu den vorgesehenen 130 Beschäftigungsmöglichkeiten für sozialpädagogische Fachkräfte sollen im kommenden Jahr 50 weitere hinzukommen. Damit werden 1.400 Vollzeiteinheiten für die sozialpädagogische Arbeit an Schule zur Verfügung stehen. (Pressemitteilung des MK vom 17. Dezember 2019)

Programm „Starke Sek-I-Schulen

Zum 1. Februar 2020 soll das Programm starten, dessen Ziel es ist, mehr Lehrkräfte für die Arbeit an Haupt-, Real- und Oberschulen zu gewinnen. Im fünf Modellregionen sollen Maßnahmen erprobt werden wie die Zahlung von Zuschlägen, die Zusage der Umzugskostenvergütung, die Zuweisung von Beförderungsstellen beziehungsweise Zulagen für die tätigen Lehrkräfte oder für Gymnasiallehrkräfte das Inaussichtstellen einer Stelle an einem Gymnasium nach dreijähriger Tätigkeit an einer dieser Schulformen. (Pressemitteilung des MK vom 19. Dezember 2019)

Masernschutzgesetz tritt zum 1. März 2020 in Kraft

Das Gesetz sieht vor, dass vor Aufnahme in die erste Klasse ein Nachweis über einen ausreichenden Impfschutz oder eine Immunität gegen Masern vorzulegen ist. Für bereits aufgenommene schulpflichtige Kinder ist der Nachweis bis zum 31. Juli 2021 zu erbringen. Schulpflichtige Kinder können aber auch bei nicht erfolgter Impfung nicht vom Schulbesuch ausgeschlossen werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Nachweispflicht können deshalb Bußgelder erhoben werden. Nicht schulpflichtige Kinder sowie Kinder in Kitas dürfen ohne einen ausreichenden Impfschutz die Einrichtung nicht mehr besuchen. Eine konkrete Zahl der Kinder, die über keinen Impfschutz verfügen, ist dem Kultusministerium derzeit nicht bekannt. Kita-Personal, Lehrkräfte sowie das sonstige schulische Personal haben einen Impfschutz nachzuweisen, soweit sie nach 1970 geboren sind. (Pressemitteilung des MK vom 19. Dezember 2019)

Weihnachtsgeldzahlungen

Der Haushalt 2020 sieht für die Beamt*innen ab der Besoldungsstufe A 9 eine Jahressonderzahlung in Höhe von 300 Euro vor, Pensionsempfänger*innen sind allerdings ausgenommen.

Das Statistische Bundesamt teilt im November 2019 (Pressemitteilung Nr. 426) mit, dass 2019 87 Prozent der Tarifbeschäftigten ein Weihnachtsgeld erhalten haben, durchschnittlich in Höhe von 2.632 Euro brutto und damit um 1,9 Prozent höher als im Vorjahr. Die Zahlungen differieren je nach Branche zwischen 492 und 5.274 Euro.

Bildungsnotizen

Niedersächsische Konsequenzen aus der PISA-Studie

Kultusminister Tonne führte im Dezemberplenum des Landtags aus, dass die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie zwar positive Aspekte beinhalteten, aber auch Anlass zur Sorge gäben, da ein Fünftel der 15-Jährigen kaum in der Lage sei, den Sinn von Texten zu erfassen und zu reflektieren. Allerdings habe Niedersachsen schon eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: Um den Zugang zu Bildung zu eröffnen, habe die Landesregierung die Beitragsfreiheit für über 3-Jährige eingeführt. Zudem werde die umfassende Schulgeld- und Gebührenfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis zur Universität vorangetrieben. Zwecks Gewährleistung der Chancengleichheit würden Schulen mit herausfordernden Bedingungen mit zusätzlichen Stunden (aktuell 3.600 Stunden) unterstützt. Neben der Sprachförderung in Deutsch als Zweitsprache soll die Einführung des Programms „Lesen macht stark“ die Sprach- und Lesekompetenz fördern. In Bezug auf zukünftige Maßnahmen verwies der Minister auf das Projekt „Bildung 2040“, in dem landesweit über Bildungsziele, -strukturen und -inhalte diskutiert werde, die eine selbstbestimmte Mitgestaltung einer demokratischen Gesellschaft ermöglichen. (Pressemitteilung des MK vom 19. Dezember 2019)

Die Bildungsexpertin der Grünen, Julia Hamburg, hingegen sah in den Hinweisen auf die Modellprojekte keinen ausreichenden Ansatz. Es bedürfte struktureller Veränderungen, keines Klein-Kleins. Dem sozioökonomischen Hintergrund im Umfeld der Schule sei mit einem Sozialindex entgegenzutreten, um die Ressourcen zielgenauer steuern zu können.

Björn Försterling, Bildungspolitiker der FDP, fordert für die Grundschule wöchentlich eine zusätzliche Stunde Deutsch, was einen Bedarf von 500 Stellen erfordern würde. Zudem solle jede Grundschule 1.000 Euro erhalten, um die Schülerbücherei auf- beziehungsweise auszubauen.

Die Ländernotiz für Deutschland ist zu finden unter: **www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA2018_CN_DEU_German.pdf**

Ganztag für Grundschüler*innen teuer

Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung werden durch einen Ganztags-Rechtsanspruch ab 2025 1,1 Millionen zusätzliche Ganztagsplätze erforderlich, deren Kosten sich auf 4,5 Milliarden belaufen werden, wie die Kostenschätzung des Deutschen Jugendinstituts ergab. Ausgegangen wurde von einer Beteiligungsquote von 79 Prozent und einem zusätzlichen einmaligen Investitionsbedarf von 7,5 Milliarden Euro. Die Anpassungskosten für die 1,2 Millionen bestehenden Plätze sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Nach Berechnungen der Forschungsgruppe um Klaus Klemm, die im Auftrag der Stiftung tätig wurde, würden dazu zusätzlich 11.200 Erzieher*innen und 237 Lehrkräfte benötigt. Denn 22,4 Prozent aller offenen und 25,6 Prozent aller gebundenen Ganztagsgrundschulen haben in den Unterrichtswochen weniger als acht Zeitstunden geöffnet. Im Mittel beträgt der Fehlbetrag zur Soll-Öffnungszeit 3,65 Zeitstunden. Dies entspricht Kosten von 815 Millionen Euro im Jahr 2025. Die laufenden Kosten erhöhten sich damit auf jährlich 5,3 Milliarden Euro. (Newsletter der Bertelsmann Stiftung vom 19. Dezember 2019) Auch Niedersachsen beklagt die Unterfinanzierung der erforderlichen Investitionen. Der vorgesehene Gesamtbetrag von 2 Milliarden Euro reiche nicht aus.

Sparvorgaben des Landes

Die im Landeshaushalt vorgesehenen Mehrausgaben, unter anderen auch für den Etat des Kultusministeriums, führen anderenorts zu Kürzungen. Im Rahmen der sogenannten globalen Minderausgabe sind die Ministerien aufgefordert, einen prozentualen Teil der Ausgaben einzusparen. Dies könnte gegebenenfalls auch dazu führen, dass zusätzliche Mittel für die Einstellung von Lehrkräften andererseits Kürzungen bei der Lehrerausbildung zur Folge haben, da das Wissenschaftsministerium (MWK) 0,7 Prozent seines Haushaltsvolumens von 3,38 Milliarden einzusparen hat. Der Anteil der Hochschul-Ausgaben im MKW-Haushalt beläuft sich auf 78 Prozent. (Neue Osnabrücker Zeitung vom 13. Dezember 2019)

Zufriedenheit der Auszubildenden steigt

Laut DGB-Ausbildungsreport ist der Anteil der Auszubildenden, die mit ihrem Betrieb zufrieden oder sehr zufrieden sind, gegenüber dem Vorjahr um vier Prozentpunkte auf 73 Prozent gestiegen. Allerdings weist der Report auch auf Probleme hin: Mehr als ein Drittel der Jugendlichen müsse regelmäßig Überstunden machen, knapp zehn Prozent regelmäßig mehr als 40 Stunden arbeiten. Zudem sehen sich viele Auszubildende nur unzureichend auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet. Rund 80 Prozent der Befragten gaben an, dass Digitalisierung und Automatisierung in ihrer Ausbildung wichtig oder sehr wichtig seien. Doch nur knapp die Hälfte werde gezielt dafür qualifiziert, digitale Technologien zu nutzen. Die digitale Ausstattung ihrer Berufsschule beurteilte nur ein Drittel der Auszubildenden als sehr gut oder gut.
https://niedersachsen.dgb.de/presse/++co++b6fb8310-11ee-11ea-b6be-52540088cada/?search_text=Ausbildungsreport&start_date=1900-01-01&end_date=2999-12-31

BBS-Paket 2020

Der Haushaltsposten für die berufsbildenden Schulen wird um 65 Millionen auf 768 Millionen Euro aufgestockt. 23 Millionen sind für die tarifbedingte Anpassung der Gehälter vorgesehen, 15 Millionen sollen den Schulen als festes Budget für die Beschäftigung von Vertretungslehrkräften zur Verfügung stehen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Hinzu kommen verwendbare Haushaltsreste in Höhe von 15,3 Millionen Euro für das Vertretungslehrkräftebudget. Für 260 zu entfristende A 13-Planstellen sind weitere 15 Millionen vorgesehen; 50 Stellen für Schulsozialarbeit werden entfristet und der Etat für Verwaltungsaufgaben wird um vier Millionen Euro erhöht. Mit fünf Millionen Euro aus dem Gute-Kita-Gesetz sollen Lehrkräfte für den Fachbereich Sozialpädagogik eingestellt werden.
Die Oppositionsparteien sehen in diesen Schritten allein ein Zurücknehmen der im Vorfeld drastisch reduzierten Mittel für die BBS und keinen Schritt in Richtung Qualitätsentwicklung sowie Stärkung dieser Schulform. (Pressemitteilung des MK vom 10. Dezember 2019)

Wissenschaftlicher Beirat der KMK

Um die Länder bei der Weiterentwicklung ihres Bildungswesens zu beraten, hat die Kultusministerkonferenz (KMK) die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats beschlossen. Minister Tonne begrüßte dieses Vorhaben, die laufende Arbeit zu bündeln und aufeinander abzustimmen. Durch eine enge Verzahnung von KMK und Beirat bestehe die Chance, einen echten Mehrwert für den gemeinsamen Weg der Länder hin zu mehr Chancengleichheit, Transparenz, Vergleichbarkeit und Qualität zu erlangen. Im Frühjahr 2020 werde ein gemeinsamer Entwurf einer Ländervereinbarung zur besseren Zusammenarbeit im Bildungsbereich vorlegt. (Pressemitteilung des MK vom 6. Dezember 2019)
Die GEW hingegen sieht in einem solchen Staatsvertrag keine taugliche Alternative und fordert hingegen die Gründung eines nationalen Bildungsrats, die aufgrund des Ausstiegs von Bayern und Baden-Württemberg im November 2019 gescheitert ist. Mit einem übergreifenden Rat ließen sich sachorientierte Lösungen erarbeiten, die sich nicht an Einzelinteressen von Bundesländern orientierten.

Schulflugreisen

Auf Anfrage der GRÜNEN teilte das Kultusministerium in einer LT-DS (18/5315) mit, es obliege den Schulen, Schulfahrten zu organisieren. Dabei hätten auch die Erziehungsberechtigten frühzeitig Möglichkeiten der Einflussnahme. Aufgrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion geht das MK davon aus, dass Schulen für die Thematik „Flugreisen“ sensibilisiert sind. Empfehlungen oder Vorgaben, die über die allgemeinen Regelungen des Schulfahrtenerlasses hinausgehen, gebe es zum Umgang mit schulischen Flugreisen explizit nicht. Auch seien zurzeit keine weitergehenden Regelungen beabsichtigt.

Hessenkopferklärung der Schulleitungen von RHO

65 Schulleitungen von Haupt-, Real- und Oberschulen Südostniedersachsens haben anlässlich ihrer 30. Hessenkopftagung Anfang Dezember eine stärkere politische Unterstützung ihrer Schulformen eingefordert, um ihrem Bildungsauftrag gerecht werden zu können. Im Hinblick auf die Verantwortung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit seien angepasste und individuelle Maßnahmen von kommunaler und landespolitischer Ebene in Bezug auf die unterschiedlichen Herausforderungen vonnöten. Gefordert werden neben einer Gleichbehandlung bei der Ausstattung unter anderem eine zehnprozentige Vertretungsreserve, eine maximale Unterrichtsverpflichtung von 23,5 Stunden, A 13 für die Lehrkräfte und mindestens A 14 für Schulleitungen, ständige Vertretungen und didaktische Leitungen sowie mindestens drei Koordinator*innenstellen für jede Schule, die Stärkung multiprofessioneller Teams sowie die Abdeckung des sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs.

www.gew-nds.de/bildungsnotizen

Trauer um Werner Grevecke

Die Nachricht, dass Werner am 28. Dezember gestorben ist, bewegt und löst Betroffenheit aus. Bis zuletzt hat er die Gewerkschaftsarbeit im Bezirksverband Braunschweig begleitet.

Die Teilnahme an den Bezirksvorstandssitzungen und Veranstaltungen des Kreis- und Bezirksverbandes waren ihm auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bezirksgeschäftsführers wichtig – so zuletzt auch noch am 5. Dezember.

Werner trat mit Beginn seiner Berufsausbildung zum Werkzeugmacher in die IG Metall ein, engagierte sich in der Gewerkschaftsjugend und bei den Falken.

Zum Lehrerberuf kam er über den zweiten Bildungsweg, um insbesondere Hauptschüler*innen beim Erwerb von Bildungsabschlüssen und dem Zugang zu beruflicher Bildung zu unterstützen. Auch als Rektor einer GHS war es ihm wichtig, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Als Stellvertretender Landesschatzmeister gehörte Werner 1979 zu den Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstands, die vom damaligen Kultusminister Remmers vor der Durchführung der zweistündigen Arbeitsniederlegung als „Rädelsführer“ vom Dienst suspendiert wurden. Seine gewerkschaftliche Grundhaltung – Streik beziehungsweise Arbeitsniederlegung als letztes Mittel zur Durchsetzung der GEW-Forderungen einzusetzen – und gegebenenfalls Reaktionen des Arbeitgebers in Kauf zu nehmen, war für viele Mitglieder beispielgebend.

Die Büroarbeit als Geschäftsführer des GEW Bezirksverbandes – Einladungen zu Sitzungen, Protokolle, Materialien für Bezirksvertreterversammlungen – fand bis in die 90er Jahre überwiegend im eigenen Haus statt. Oft wurden Frau und Kinder bei Vervielfältigungs- und Versandarbeiten eingespannt. Eine herausfordernde Form ehrenamtlicher Gewerkschaftsarbeit, die nur bei voller Überzeugung und Tolerierung durch die Familie geleistet werden konnte.

Gleich nach der Grenzöffnung leistete Werner konkrete Hilfen beim Aufbau der GEW in Sachsen-Anhalt. Viele zusätzliche Termine, vor allem in Magdeburg, füllten seinen Terminkalender nun zusätzlich. Er lebte gewerkschaftliche Solidarität.

Anfang der 2000er Jahre entdeckte Werner dann seine Liebe zum Drehorgelspielen, das er gemeinsam mit seiner Frau ausübte. Musikalische Engagements und seine Begleitung der Arbeit des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg füllten bis zuletzt seinen Terminkalender.

Die GEW hat einen überzeugten Gewerkschafter verloren, der viele Jahre lang selbstlos und mit hohem Zeitaufwand dazu beigetragen hat, dass die Gewerkschaftsarbeit geleistet werden konnte.

Walter-Johannes Herrmann

Trauer um Ulrich H. Baselau

Am 18. November 2019 verstarb Ulrich H. Baselau nach kurzer, schwerer Krankheit. Ulli war ein wichtiges Herzstück der AJuM. Seine Arbeit im Bundesvorstand nahm er ebenso intensiv wahr wie alle Arbeiten rund um die Datenbank und die Kontakte zu den Kinder- und Jugendbuchverlagen. Als Bilderbuchspezialist fand Ulli immer wieder die rar gesäten Perlen unter der Vielfalt der Neuerscheinungen und zeichnete sie mit dem „LesePeter“ aus. Ulli leitete seit vielen Jahren den Ausschuss Wittmund in der AJuM Niedersachsen, führte hier junge Menschen an die Rezensionsarbeit heran und überzeugte sie mit seiner Freude an der Kinder- und Jugendliteratur. Er fehlte auf keiner Vorstandssitzung, keiner Bundesfachtagung, keiner Jahrestagung, keiner Leipziger Buchmesse. Und Ulli war stets ein kenntnisreicher und angenehmer Gesprächspartner während all dieser Veranstaltungen. Du fehlst uns, Ulli!

Ulrike Fiene, AJuM Niedersachsen

Termine

Referat Frauen- und Gleichstellungspolitik und GEW-Bezirksverband Hannover

Die GEW lädt ein zum Internationalen Frauentag

Frühstück mit Musik von sub5

Sonntag, 8. März 2020, 10.00 Uhr
Theater in der List, Spichernstraße 13, 30161 Hannover

Zum diesjährigen Frauentag am Sonntag, 8.März 2020, nehmen die fünf Hannoveraner*innen von sub5 das Publikum mit auf die Reise in ihre vokale Welt, bei der der natürliche Klang der menschlichen Stimme mit all ihren Facetten im Mittelpunkt steht – ohne Kompromisse. Dabei kennt ihr nicht zu stillender Entdeckungsdrang keine Grenzen. sub5 sind nicht sonderlich witzig, haben keine ausgefallenen Lightshows und auch ihre Choreografien sind eher sparsam. Aber sub5 können singen!

Anmeldungen bitte bis zum 1. März 2020 an:
GEW-Bezirksverband Hannover, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, E-Mail: **gew@gew-hannover.de**

Bezirksverband Braunschweig

Berufseinsteiger-Seminar Frühjahr 2020 für Lehrkräfte in den ersten drei Berufsjahren

Montag, 10. Februar von 9.30 bis etwa 15.30 Uhr
Hotel Mercure Atrium in Braunschweig, Berliner Platz 3, 38102 Braunschweig (gegenüber dem Hauptbahnhof)

Wir möchten Kolleginnen und Kollegen in den ersten drei Berufsjahren nach Abschluss des Referendariats zu einem eintägigen Seminar einladen, das speziell auf ihre Bedürfnisse als Berufseinsteigerin oder Berufseinsteiger zugeschnitten ist.

Leitung : Petra Braband und Christina Ohnesorge

Ablaufplanung
ab 9.00 Uhr
Offener Anfang mit Kaffee, Tee und kleinen Snacks

9.00 – 12.30 Uhr
Rechtlich sicher im Schulalltag (Themen sind unter anderem Aufsicht, Teilzeit, Probezeit und Bewährungsfeststellung) und Beantwortung offener Fragen

12.30 – 13.30 Uhr Mittagessen

13.30 – 15.30 Uhr
Schwierige Gespräche führen (Referent: Werner Mentzel)

Anmeldung bis spätestens zum 3. Februar 2020 per E-Mail an: **p.braband@gew-braunschweig.de**
Bitte mit folgenden Angaben: Name, Adresse, Schule, GEW-Mitgliedschaft ja/nein und gegebenenfalls besonderen Wünschen zur Verpflegung

Sonderurlaub kann für diese Veranstaltung nach § 2 Nr. 1 der Sonderurlaubsverordnung beantragt werden. Es müssen keine Unterrichtsstunden vor- oder nachgearbeitet werden.
Für GEW-Mitglieder ist diese Fortbildungsveranstaltung kostenlos. Lehrkräfte, die während dieser Veranstaltung Mitglied werden, erhalten ihre Kosten erstattet.
Nichtmitglieder zahlen einen Betrag in Höhe von 50 Euro in bar (inklusive Tagesverpflegung).
Fahrtkosten können nicht erstattet werden.
Teilnehmende erhalten vorher per Mail eine Teilnehmer*innenliste zur Bildung von Fahrgemeinschaften. Wer die Weitergabe der persönlichen Kontaktdaten nicht wünscht, teilt dies bitte gesondert mit – vielen Dank!

Bezirksverband Weser-Ems

Zweitägige Tagung

BES 2020 – Neue Perspektiven für die Fachpraxis?

Donnerstag, 19. März, bis Freitag, den 20. März 2020
9.30 Uhr bis etwa 16.30 Uhr
Evangelisches Bildungshaus, Rastede Mühlenstr. 126, 26180 Rastede, www.hvhs.de, Telefon 04402/9284-0

Donnerstag
Rechtliche Bestimmungen der BES 2020
Referent*in: n.n
Schülerinnen und Schüler der BES: Coole Kids – auf dem Weg in den Beruf?
Referent: Holger Ziefus, Fachpraxislehrkraft mit Sonderpädagogische Zusatzausbildung, DaZ-Lehrkraft

Freitag
Methoden in der Fachpraxis – schnell und einfach einsetzbar
Ideenaustausch

Fachpraxis geht soziale Wege – ein Gemeinschaftsprojekt für die Zukunft?
• z.B. KETAKAATI

Berichte
• Ausschuss Fachpraxislehrkräfte
• Neues aus dem LV Berufsbildende Schulen (Fachpraxislehrkräfte Ricarda Knopf und Ilona König)

Verschiedenes

Verbindliche Anmeldung bis zum 1. März
Eine Kostenbeteiligung für GEW-Mitglieder (20 Euro für beide Tage inklusiv Übernachtung) wird vor Ort bar bezahlt. Nichtmitglieder sind gern gesehene Gäste (Tagungsbeitrag je Tag 35 Euro, Übernachtungskosten bitte erfragen)! Fahrtkosten werden nicht erstattet.
GEW-Mitglieder können Kinderbetreuungskosten auf Antrag erstattet bekommen.

Referat Jugendhilfe und Soziale Arbeit

verschieden * gleich * gemeinsam
Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams

Landgasthof Jeddinger Hof, Heidemark 1, 27374 Visselhövede/Jeddingen

Donnerstag, 20. Februar 2019, Beginn: 9.30 Uhr
10.00 Uhr: Einführung in das Thema
11.00 Uhr: Impulsreferat
Multiprofessionelle Zusammenarbeit will gelernt sein.
Prof. Dr. Martin Heinrich – Universität Bielefeld, Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Schulentwicklung und Schulforschung

Nachmittags – AG-Angebote:
Thema 1: Team und Rollenverständnis versus Alltagsrolle und Unterricht

Thema 2: Ein multiprofessionelle Team entwickelt sich nicht von allein – mit klarer Haltung zum leichten Umgang mit Konflikten

Thema 3: Rollen in der multiprofessionellen Zusammenarbeit

Thema 4: Leistung durch Inklusion

Thema 5: Gemeinsam Kinder und Jugendliche vor Diskriminierung schützen – Einblicke in den Anti-Bias-Ansatz

Thema 6: „Meine Rolle“ und „unser Ziel“ im multiprofessionellen Team

Freitag 21. Februar 2019
Vortrag – Diskriminierung in der Schule
Saraya Gomis, ehemalige Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Berlin)

Ende der Tagung: 14.00 Uhr

Verbindliche Anmeldung – gegebenenfalls Absage – bitte bis zum 10. Februar an: **h.bayer@gew-nds.de**
Für GEW-Mitglieder ist die Teilnahme, Übernachtung und Verpflegung kostenlos. Nichtmitglieder zahlen nach erfolgter Zusage den Tagungsbeitrag in Höhe von 150 Euro.
Auf Antrag können für GEW-Mitglieder Kinderbetreuungskosten übernommen werden.

Arbeitskreis Queer

3. landesweite Tagung des AK Queer
Ziel ist es, die Sichtbarkeit von queeren Themen in der GEW Niedersachsen und in der Bildungspolitik zu erhöhen.

28. Februar bis 1. März 2020
Beginn 28. Februar um 18.00 Uhr
Ende am 1. März um 12.00 Uhr
GEW-Geschäftsstelle, Hannover

Reisekosten werden nicht erstattet. Kosten für Übernachtung und Essen werden von der GEW getragen.
Anmeldung bitte bis 14. Februar 2020 über E-Mail:
monika.brinker@gew-hannover.de

Kreisverband Region Hannover

Mitgliederversammlung der GEW Region Hannover

Montag, 17. Februar 2020, 17.00 bis maximal 21.00 Uhr
Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92, Hannover

Mit Blick auf die anstehenden Personalratswahlen am 10./11. März 2020 lädt die GEW Region Hannover im Vorfeld zu einer Mitgliederversammlung ein.

Vorschlag für eine Tagesordnung
1. Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Landung
3. Verabschiedung einer Geschäfts- und Wahlordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung und einer Protokollantin/eines Protokollanten
5. Wahl der Delegierten für die Bezirksdelegiertenkonferenz am 14. Mai 2020
6. Wahl einer Schriftführerin/eines Schriftführers
7. „Betriebs- und Personalräte als demokratische Keimzellen in Betrieb und Gesellschaft“
Vortrag von Dr. Gregor Gysi
8. „Starker Rückhalt für gute Arbeit“ – Die GEW vor den Personalratswahlen am 10./11. März 2020 – Vorstellung der weiteren Planungen und Diskussion
9. Termine

Anmeldung bitte unter **gew@gew-hannover.de**. Das ist für die Planung in diesem Fall besonders hilfreich, da wegen des prominenten Gastes mit einem sehr vollen Haus zu rechnen ist.

Kreisverband Ammerland

Digitalisierung – Heilsversprechen oder Teufelswerk?

Dienstag, 18. Februar 2020 , 9.00 bis 16.00 Uhr
Akademiehotel in Rastede

Für die einen wird der Unterricht nun endlich moderner, spannender und effizienter. Für die anderen nehmen Unternehmen die Schulen in ihren Besitz, die Lehrkräfte verlieren ihren Einfluss und werden schließlich abgeschafft.
Die Rede ist von der Digitalisierung. Durch den beschlossenen Digitalpakt werden bald riesige Geldmengen in die Schulen gespült, vorgesehen sind mindestens 30.000 Euro für jede Einrichtung; für große Systeme mehr. Gedacht sind die Gelder für den Ausbau der schulischen Infrastruktur, für digitale Endgeräte und die Lehrer*innenfortbildung.
Somit muss sich jede Schule und damit auch jede*r Lehrer*in damit auseinandersetzen und entscheiden, wie die Digitalisierung im eigenen Umfeld umgesetzt und gestaltet werden soll. Als Entscheidungshilfe bietet die GEW Ammerland einen Bildungstag an.
Geplant sind zwei Vorträge: Prof. Dr. Ira Diethelm von der Universität Oldenburg wird zum Thema „Wozu eigentlich digitale Bildung?“ referieren und Dr. Matthias Burchardt

von der Universität Köln hält einen Vortrag mit dem Titel „Big brother is teaching you“. In einem darauffolgenden Podiumsgespräch soll die Thematik vertieft werden. Daran werden neben den Referent*innen noch Peter Röben (Schulleiter der OBS Edewecht) und Anne Kilian für die GEW teilnehmen.

Nach dem Mittagessen rückt dann in mehreren Workshops die Praxis in den Mittelpunkt. Vorgesehen sind unter anderem die Themen „Erstellen eines Medienbildungskonzepts“, „Einsatz digitaler Medien im Unterricht der Grundschule“, „Durchblick im digitalen Dickicht“, „Robotik“.

Genaue Informationen und Anmeldung auf der Website **www.gew-ammerland.de/Bildungstag20**.

Anmeldeschluss ist Freitag, 7. Februar 2020.
Die Teilnahme am Bildungstag ist für GEW-Mitglieder kostenfrei; Nicht-Mitglieder zahlen 30 Euro.
Für GEW-Mitglieder werden auf Antrag die Kosten für Kinderbetreuung erstattet.

An die Redaktion

Betr.: Gute Ideen zur Inklusion gibt es viele…“ in E&W November 2019

Gute Ideen zur Inklusion gibt es wirklich viele, und der Beitrag von Manfred Bönsch über „Didaktik und Methodik in Inklusionsklassen“ ist ein interessantes Modell für einen differenzierten inklusiven Fachunterricht. Allerdings weist Holger Westphal in seinem Kommentar auch darauf hin, dass die aktuelle Situation in der inklusiven Bildungspolitik es nahezu unmöglich macht, wegen fehlender Ressourcen solche positiven fachbezogenen Differenzierungskonzepte umzusetzen. Es fehlen einfach die Lehrer*innen…
Dass er aber das Problem wieder bei dem so genannten „Parallelsystem“ von Förderschulen und Regelschulen sieht, ist meines Erachtens zu kurz gegriffen. Förderschulen sind auch weiterhin wichtig und leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung schwächerer oder benachteiligter Schüler*innen. Gerade das Doppelsystem ermöglicht eine angemessene Unterstützung dieser Schüler*innen, wobei jeweils Eltern und Lehrkräfte verantwortungsvoll entscheiden sollten, welches der geeignete Beschulungsort ist.
Eine Auflösung der Förderschulen aus Kostengründen wäre genauso falsch wie eine Schließung von Werkstätten und Wohnheimen/Wohngruppen für Menschen mit Hilfebedarf. Das wäre auch nicht im Sinne der UN-Behindertenkonvention, denn dort geht es um die bestmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auch dafür leisten Förderschulen einen wichtigen Beitrag, ebenso wie Werkstätten oder Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Wichtig sind die finanziellen und personellen Ressourcen, die langfristig die Vielfalt sichern. An diesem Punkt ist Holger Westphal schließlich unbedingt zuzustimmen.
Udo Dittmann, Braunschweig

Anzeigen

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

In wunderschönem Ambiente bieten wir Ihnen:
- Intensive, individuell ausgerichtete **Einzel– und Gruppentherapie**
- Sicheres **Auffangen von Krisen**, kreative Stärkung Ihres Potentials
- Moderne **Einzelzimmer** mit Balkon und Komfort
- **Genießer-Küche** mit Restaurant-Charakter

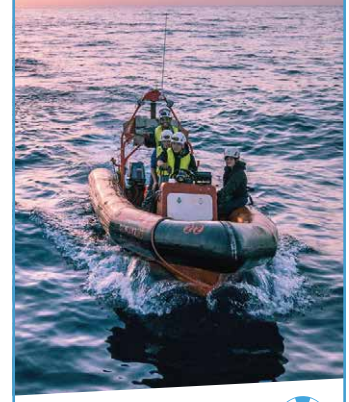
Wir behandeln die gängigen **Indikationen** wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, Essstörungen und psychosomatische Erkrankungen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Erste Hilfe.
Selbsthilfe.
brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Mitglied der actalliance
Brot für die Welt

sea-watch.org/spenden/
Sea-Watch.org
RETTEN STATT REDEN
SEENOTRETTUNG AN EUROPAS GRENZEN



Sea-Watch e.V. · BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE77 1002 0500 0002 0222 88
Sea-Watch.org

NABU-Woldenhof
Klassenfahrten nach Ostfriesland
Landwirtschaft + Naturschutz
www.woldenhof.de 04942-990394

Schlossklinik Pröbsting
Private Akutklinik mit intensiver Psychotherapie, wunderschön gelegen im Münsterland

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Telefon: 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken
www.schlossklinik.de

schulfahrt.de
Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassen-Abschlussfahrt … wir machen das!

Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **London**
5 Tage inkl. Prog. mit Stadtrundfahrt
ab **209,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

verschieden * gleich * gemeinsam

Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams

multiprofessionell im Kontext von Inklusion
und Ganztagsangeboten

Anmeldung verlängert bis 10. Februar!
E-Mail an
h.bayer@gew-nds.de

3. fachgruppenübergreifende Tagung

Referate allgemeinbildende Schulen und **Jugendhilfe und Soziale Arbeit**

vom 20. bis 21. Februar 2020 in Jeddingen